

# Worms

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 4. September 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisprücher: Amt I, Nr. 1508.  
Telegraph-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Die Polizei die Seele des Staates.

Der Appetit kommt beim Essen. Seit Jahren arbeiten die Handlanger der Reaktion daran, das bisheren konstitutionelle Schminke, das dem Polizeistaat Preußen angeklebt ist, zu Gunsten der Junkersippe völlig verschwinden zu lassen. Auf ganz gesetzlichem Wege geht das nicht an, wenigstens nicht mit einem Male.

Da selbst der preussische Landtag nicht sofort zur Erdrosselung der wenigen Volkrechte seine Hand bieten wollte, sind sie denn auf ein anderes Mittel mit verhärtetem Eifer verfallen. Was braucht man die gesetzgebenden Körperschaften, wenn man sich herankümmeln läßt, eigentlich habe die Polizei die Gesetzgebungsgewalt? Frisch an's Werk. Die Polizei fängt mit dem ersten vier Buchstaben ebenso an, wie das Wort Politik. Also ist Polizei Politik, Politik zu machen Sache der Polizei. Eine noch weitere Einengung des Vereinsrechts wollte der Landtag nicht zugeben. Aber die Polizei hat es bereits verstanden, durch ihre bekannte Versammlungsverordnung vom Oktober 1896 das gesetzlich gewährleistete und nach der Verfassung nur durch Gesetz zu beschränkende Versammlungsrecht einzunehmen.

Das Kammergericht hat unter Vorbehalt des früheren Staatsanwalts Groschuff — vor zehn Jahren setzte ihm, der damals als Staatsanwalt in Altona gegen Tichner und Genossen wegen Scheinhandels fungierte, ein einfacher Bauer in öffentlicher Gerichtsverhandlung auseinander, daß es nicht „Sozialdemokrat“, sondern Quadratmeter, und daß es nicht „Lieberbuch“, sondern Kubikmeter im werthvollsten Leben bedeute — am 12. August des Jahres 1897, wie unseren Lesern bekannt, angenommen, daß diese polizeiliche Versammlungsverordnung in allen Theilen zu Recht bestehe. Da sie durch eine Kabinettsordre von 1837 gestiftet wurde. Freilich, Artikel 29 der Verfassung vom 31. Januar 1850 bestimmt „Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln“, freilich Artikel 90 derselben Verfassung besagt: „Das Gesetz regelt insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit die Ausübung“ des im Artikel 29 gewährleisteten Rechts; freilich Artikel 109 derselben Verfassung hebt ausdrücklich alle der Verfassung zuwiderlaufenden Gesetze — also auch die Kabinettsordre von 1837 — auf. Aber — das Kammergericht ist anderer Ansicht und ist letzte Instanz in den vor Schöffengerichten Preußen wegen Verstoßes gegen preussische Gesetze, Verordnungen und dergl. verhandelten Sachen. Das Erkenntnis ist bislang in allen unabhängigen Kritiken als unbillig anerkannt. Deshalb eifriger haben die Anken der Reaktion dies mit der Verfassung plattförmig unvereinbare Erkenntnis des Kammergerichts als ein prächtiges Meisterstück gelobt. Wir glauben, die Herren frohlocken zu früh. Das Kammergericht dürfte bei nächster Gelegenheit seinen Verthum, ein ausgehobenes Gesetz von 1837 könne eine gegen die Verfassung verstoßende Polizeiverordnung rechtfertigen, ebenso gut eingestehen, wie es längst eingesehen hat, daß seine in einem anderen von uns abfällig kritischen Erkenntnis niedergelegte Ansicht irrig war, nach der ein hannoversches Jagdgesetz durch ein preussisches Gesetz, das dies hannoversche ausdrücklich aufhebt, aufgehoben werden könnte. Inzwischen reiben sich die Untergraber jeder Kulturentwicklung vergeblich an jenes Erkenntnis die Hände. Ihr Appetit steigt. Sie verlangen Gerichte, nach denen zu verlangen man selbst diesen Leuten schwerlich hätte zumuthen sollen.

Ein Chor aus besonders ausgelassener Volkseinde behauptet nämlich schlankweg: Die Polizei könne eigentlich durch Polizeiverordnung nach dem Gesetz alles regeln. Es soll die Polizei durch gültige Polizeiverordnung nämlich „alles regeln dürfen, was im öffentlichen Interesse auf dem Gebiete der inneren Verwaltung zum Schutz oder zur Förderung des Gemeinwohls ein für allemal zwingend geordnet oder geregelt werden muß.“ Die „Norddeutsche Allgemeine“ brachte kürzlich einen längeren Artikel mit der Ueberschrift „Die Polizeiverordnung“, in dem sie dieser, von dem bekannten Freiburger Professor Hofin bereits früher vertheidigten, völlig obstruisen Ansicht schmerzhaft halb und halb Anerkennung zollt. Allerdings fehlt sie etwas abwendend schließlich hinzu:

„Sei dem indessen, wie ihm wolle, eine praktische Folge wird die ganze von Hofin ausgerichtete Streitfrage schwerlich haben. Denn sowohl das Kammergericht, als auch das Obergerichtshofgericht halten einmüthig an der von ihnen dem Gesetz vom 11. März 1850 gegebenen Auslegung fest. Sie leben in ihm lediglich eine nähere Detaillirung der landrechtlichen Vorschriften; nur innerhalb des dort gesteckten Rahmens, also lediglich zur Abwendung von Schäden und Gefahren, nicht aber zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt billigen sie der Polizei die aufgezählten Befugnisse zu. Schwerlich wird in dieser einseitigen Rechtssprechung eine Aenderung eintreten.“

Wir lassen dahingestellt, ob nicht den Kreisen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ trotz dieser Art des Abwinkens eine Aenderung der Zusammensetzung des Obergerichtshofgerichts und eine günstigere Auffassung für die Erweiterung der Polizeibefugnisse nicht erwünscht wäre. Zweifellos ist, daß das Obergerichtshofgericht, z. B. in den Erkenntnissen vom 8. November 1864 und 8. Mai 1865, und das Obergerichtshofgericht z. B. in den Erkenntnissen vom 10. Juni 1860 und 14. Juni 1862 die von der Polizei wiederholt versuchte Ausdehnung der Polizeibefugnisse auf alles, was überhaupt im Allgemeininteresse liegt, als völlig unhaltbar zurückgewiesen hat.

Die Rechtslage ist danach in Preußen zur Zeit noch folgende: Polizeivorschriften allgemeiner Natur zu erlassen ist an sich Sache der Gesetzgebung. Das Recht der Polizeibehörde zum Erlass solcher Polizeivorschriften beruht auf ausdrücklicher Uebertragung durch ein Gesetz. Dies Gesetz ist das vom 11. März 1850. Dort wird außerordentlich weitgehend als zu den Gegenständen der ortspolizeilichen und landespolizeilichen Vorschriften gehörig in § 6 aufgezählt:

- a) Der Schutz der Personen und des Eigentums.
- b) Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken, Ufern, Gewässern.
- c) Der Marktverkehr und das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln.
- d) Ordnung und Gesehlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen.

e) Das öffentliche Interesse in bezug auf die Aufnahme und Beförderung der Fremden; die Wein-, Bier- und Kaffee-Wirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken.

f) Sorge für Leben und Gesundheit.

g) Fürsorge gegen Feuergefahr bei Bauausführungen sowie gegen gemeinschädliche und gemeingefährliche Handlungen, Unternehmungen und Ereignisse überhaupt.

h) Schutz der Felder, Wiesen, Weiden, Wälder, Baumpflanzungen, Weinberge u. s. w.

i) Alles Andere, was im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden muß.“

Bis dies Gesetz vom 11. März 1850 erlassen wurde, bestimmte § 10 II § 17 des allgemeinen Landrechts über die Befugnisse der Polizei folgendes:

„Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Das Gesetz vom 11. März 1850 hat nicht, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ möchte, durch Nr. 1 des § 6 den § 17 II, 10 auszudehnen und so der Polizei Allgewalt übertragen wollen, sondern im Gegentheil wollte der Gesetzgeber die Polizeigewalt des absoluten Staates einengen. Das Obergerichtshofgericht führt nach dieser Richtung — wie von allen bedeutenderen Staatsrechtslehrern stets anerkannt ist, zutreffend — folgendes aus: „Es bedarf keines ausführlichen Nachweises, daß vom Gesetzgeber im Jahre 1850 nicht beabsichtigt ist, die Befugnisse der Polizeibehörde über den bisherigen im § 10 II, 17 A. L. R. gegebenen Rahmen hinaus zu erweitern oder gar auf das gesammte Gebiet der Wohlfahrtspflege zu erstrecken. Sonst ließe sich leicht dartun, daß im § 6 die unter dem Buchstaben a bis h aufgeführten Gegenstände sich im allgemeinen innerhalb der Schranken des § 10 II, 17 A. L. R. halten, daß ferner sowohl nach der ganzen Fassung des § 6 wie nach der völlig klaren Entstehungsgeschichte (vergleiche stenographischen Bericht der I. Kammer 49,50 S. 2329 fg.) die Vorchrift unter i nur zur Ausfüllung etwaiger in dem Vorbergehenden gebliebenen Lücken dienen sollte und daß endlich in dem Buchstaben h ein Zusatz, wonach auch die Ordnung bei Benutzung der Felder u. s. w. der polizeilichen Regelung unterliegen sollte, um deswillen gestrichen ist, weil eine über den „Schutz“ der Felder z. B. hinausgehende Ermächtigung bedenklich erschien.“ Der bündigste Beweis dafür — sagt das Obergerichtshofgericht mit recht — „daß eine Ausdehnung des polizeilichen Eingreifens zum Zweck der Wohlfahrtspflege damals entschieden abgewiesen worden ist.“ Diese Ausführungen machte das Obergerichtshofgericht in dem Erkenntnis vom 14. Juni 1882. Das Erkenntnis anerkannte die Rechtswidrigkeit einer Polizeiverordnung der Berliner Polizei vom 10. März 1879, die das im Jahre 1878 erhöhte Kreuzberg-Denkmal durch hauspolizeiliche Beschränkungen vor Verbauung seiner Aussicht schützen wollte. Die Polizei führte damals zur Begründung ihrer Verordnung aus: „Ein Gemeinwesen bestehe viele anders und namentlich ideale Güter, welche eines beherrschenden Schutzes gegen die Handlungen einzelner Mitglieder des Staats bedürfen. Es handle sich darum, den Patriotismus, eins der höchsten idealen Güter, welche eine Nation besitzt, zu hüten.“ Die Polizei unterlag damals mit ihrer eigentümlichen Ansicht.

Die Befürworter des Polizei-Absolutismus wittern offenbar Nachtluft. Sie hoffen, es giebt keinen Grolmann mehr, der als Gerichtspräsident in dem bekannten Prozeß gegen Jakob die Worte unterschrieb „der Richter hat sich jedes Urtheils über Meinungen zu enthalten. Die Meinung als solche ist kein Verbrechen. Sie kann nur strafbar werden durch die Form, in welcher sie in die Öffentlichkeit tritt, und durch die Absicht, die bei der Veröffentlichung vorwaltet. Vorwurf richterlicher Entscheidung kann daher auch nur die Form und die Absicht werden, und je schwieriger es ist, den Inhalt hierbei zu finden, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung sein, sich selbst zu überwachen, damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seines Urtheils vor dem Einfluß eigener Ueberzeugung gewahrt werde.“ Unsere Reaktionäre hoffen, daß es richterliche Richter nicht mehr gebe, sondern nur solche, die für Recht auch das offenbare Unrecht erklären, sobald es der jeweiligen Verwaltung genehm ist. Die Herren täuschen sich und jubeln zu früh über die Möglichkeit den absoluten Polizeistaat durch ungerechte Urtheile stabilisiren zu können.

Bezeichnend für die Herren ist es, daß ihnen nicht einmal mehr die Polizeigewalt, wie sie im absoluten Staat Friedrichs des Großen durch § 17 II, 10 des Landrechts festgelegt wurde, genügt, sondern daß sie darüber hinaus die Polizeigewalt Ludwigs XIV. anerkannt sehen wollen, die in den Edikten vom 18. August 1674 und Juni 1700 für Paris dahin ausgedrückt wurde: es habe „die Polizei den Pariser die Güter der Seele, des Körpers und des Vermögens zu sichern.“ Unter dieser Devise machte die Polizei in Frankreich Jagd auf die Reher, nahm unter dem Vorwand, die Sicherheit zu gewährleisten, fest, verhaftete, warf in Gefängnisse, prügelte, schrieb vor, was der einzelne thun, lesen, Schreiben, ja denken und wann und wo er tanzen konnte, befehl und bespitzelte die Bürger, bemogelte und beraubte den Staat. Dies Ziel werden auch die kühnsten Staatsrechtsfreunde in Deutschland nicht mehr erreichen. Gut ist's aber, auf der Hut zu sein vor diesen gemeingefährlichen Leuten, die lebhaft daran arbeiten, für ihre Winterarbeit „wissenschaftliche“ Hilfskräfte zu gewinnen. Weiß sie doch, wie wahr des hannoverschen Königs Ausspruch für die bürgerliche Gesellschaft ist: „Guten und Professoren kann man immer für Geld haben.“

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 3. September.

Auch in Nürnberg hat der Kaiser am Donnerstag einen Trinkspruch gehalten. Dieser Trinkspruch beschränkt sich aber auf allgemeine Dankes- und Wunschworte an den Prinzregenten von Bayern sowie auf Erinnerungen an die Vorfahren, welche Burggrafen von Nürnberg waren. Bemerkens-

worth erscheint sonst noch, daß der Kaiser seine besondere Freude aussprach, daß „es ihm endlich vergönnt gewesen sei, in dieser herrlichen kerndeutschen alten Stadt zu verweilen“. Man sieht, daß sich der Kaiser seine Freude an der Stadt seiner Ahnen nicht hat beeinträchtigen lassen durch die Thatsache, daß diese Stadt in unseren Tagen zu einer Hochburg der Sozialdemokratie geworden ist, was ihr bekanntlich gemeinsam ist mit zahlreichen anderen deutschen Städten, wo kaiserliche Schiffsleute stehen. —

König Humbert von Italien besucht in Homburg den deutschen Kaiser. An fürstlichen Rendezvous, Händedrücken, Friedensversicherungen fehlt es also in diesem Sommer nicht. Je öfter sie sich aber wiederholen, um so geringer ist ihr Eindruck auf die Völker. Diese hören so viel von der Erhaltung und Befestigung des europäischen Friedens, aber sie wissen nur zu gut, daß sie trotz all der schönen Worte immer mehr und mehr für kriegerische Ausgaben opfern müssen. Sie betrachten deshalb auch diese Fürstenbesuche mit gar kühlem Sinn. —

Saubere Bauernfreunde sind doch die Herren von der „Deutschen Tageszeitung“. Die Besichtigungen, welche die Rede des Kaisers und der allgemeine Gang der Reichspolitik bezüglich der Militär-Strasprozeß-Reform erweckt haben, dienen dem Wünderblatt zu den höhnlichsten Bemerkungen. Die Besprechung dieser Angelegenheit sei nur eine Hebe, ein alter Ladehüter, Stimmungsmache gegen die höchste Person; man wolle nur böses Blut machen, die ganze Sache sei gar nicht so brennend; im Volke sei gar kein tieferes Interesse für die Angelegenheit vorhanden oder, wo es vorhanden sei, sei es künstlich hervorgerufen oder wenigstens künstlich gesteigert; die Strafrechtspflege im Heere sei bisher schon gewissenhaft geübt worden u. s. w.

Gewiß, wenn es nach den Herren um Blöb ginge, könnte die Militärjustiz ruhig so bleiben wie sie ist. In ihrer Stellung zu dieser Frage erkennt man aber in vortrefflicher Weise „weiss“ Geistes Kinder derselben sind. Warum sollten sie auch ein Interesse an der Beseitigung der schädlichen Bestimmungen des Militär-Strasprozeßes haben, da ihre Kreise davon freilich kaum irgendwie betroffen werden. Die Junker und Junkerföhne, denen als Offizieren in der Armee die außerordentlichsten Rechte bei der Militärjustiz-Handhabung zustehen, mögen die Reform auf diesem Gebiete gewiß nicht als dringend empfinden. Aber die Bauern wie die Arbeiter, welche zwei und drei Jahre als „gemeine Soldaten“ unter dem Befehl der Junkerjünglinge „unbedingten Gehorsam“ leisten müssen und gar leicht in Konflikt mit der Militärjustiz kommen und, sobald dies geschieht, in eine geradezu gräßliche Lage gerathen, denken darüber ganz anders. Und wenn die „Deutsche Tageszeitung“ annimmt, es bestehe gar kein Interesse für diese Frage, so irrt sie sich ganz bedeutend und beweist mit ihrer Behauptung nur, wie wenig sie mit dem Denken und Fühlen der kleinen Leute auf dem Lande vertraut ist. Das Organ des „Bundes der Landwirthe“ zeigt aber auch hier mit wohlthuender Deutlichkeit seinen Charakter als Interessenvertretung der Besitzenden und Privilegirten! —

It's nicht Dandensprek, so muß es ein anderer sein, wie brauchen ein Attentat, loß' es, was es wolle. Dies wissen einige Leute und frivole Journalisten. Deshalb erschand ein durch die Unzuverlässigkeit seiner Meldungen bekanntes Lokalblatt einen neuen Attentatsplan eines Brüsseler Anarchisten gegen den deutschen Kaiser. Leichtfertig redigirte Zeitungen bruden ernsthaft die Meldung ab, die sonst weiter nicht gefährlich ist. —

Die Frage der Kriegsentföndigung kommt noch immer nicht von der Stelle. Dafür wird die Situation auf Kreta eher schlimmer als besser. Aus Kandia verlautet vom Donnerstag, daß die Aufständischen auf türkische Truppen geschossen haben, welche das Feuer erwiderten. Gelüdet sein soll niemand, aber immerhin sieht man, daß von einer Vernichtung der Insel noch keine Rede ist. —

In Indien scheinen die Engländer nun mit mehr Nachdruck gegen die aufständischen Stämme vorgehen zu wollen. Aus Simla wird gemeldet: Zwei englische Kolonnen unter den Generälen Wood und Ellis werden gegen den aufständischen Stamm der Mohmands vorgehen. Die Kolonne des ersteren wird von Swat, die des zweiten von Schabladar aus vordringen. Die beiden Kolonnen haben zusammen eine Stärke von 10 000 Mann. —

Höchst bemerkenswerth ist eine Meldung aus Madrid vom 1. September, welche die „Vossische Zeitung“ mittheilt: „Die Moplabs, der fanatischste mohammedanische Volkstamm an der Malabarhalbinsel, befinden sich im Aufstande. Das ist ein ganz bedeutendes Zeichen, wenn viele Hunderte von Meilen vom gegenwärtigen Kriegsschauplatz entfernt ein zweiter Aufstand ausbricht, und läßt mindestens auf eine weitverbreitete mohammedanische Bewegung an den verschiedensten Punkten Indiens schließen. Schon vor zwei Jahren war ein Aufstand der Moplabs nur mit großer Mühe und vielen Zugeständnissen beigelegt worden.“ —

### Deutsches Reich.

— Zur Coblenzer Gottes Gnade. — Rede finden jetzt auch einige konservative Wälder Worte. Die „Kreuzzeitung“ legt wohlgenüth die Worte des Kaisers so aus, daß derselbe, „dem die schwere Verantwortung vor Gott dem Herrn niemals abzunehmen vermag, weder die Minister, noch die Parlamente“, gegen den Willen des Volkes und des Parlaments zu handeln berechtigt sei. Das Blatt erinnert an den Militärkonflikt der 60er Jahre und stellt das damalige Verfahren des Königs geradezu als vorbildlich hin, zu welchem Zwecke es allerdings die geschichtliche Wahrheit vollständig auf den Kopf stellt.

Auch Herr Schweinburg in den „Berl. Polit. Nachr.“ ist über die Kaiserrede völlig verzückt. Nach ihm ist die Auffassung des Kaisers von seinem Beruf eine so überaus hohe und geniale,



daß die gesammte Zahl derer, welche an die Verantwortlichkeit des Kaisers gegenüber der Verfassung erinnert haben, einfach zu dumm seien, um so etwas zu begreifen. Herr Schweinburg geräth ins Schwärmen und der Fürst wird ihm zum Uebermenschen:

„Ein Herrscher, der sich neben seiner verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit selbst zu der unbedingten persönlichen und moralischen Verantwortlichkeit für seine Regierungshandlungen ausdrücklich bekennt, stellt sich eben eine Aufgabe, welche hoch über dem geschriebenen Formalismus steht, er idealisiert seine verfassungsmäßigen formalen politischen Pflichten zu einer aus der freien Erkenntnis seiner Verantwortlichkeit vor Gott und Volk hervorgehenden, der Verletzung seiner Aufgabe entpringenden freien Pflichterfüllung. Wer für diese Auffassung des Königsberufes kein Verständnis hat, dem fehlt überhaupt das Verständnis für das Wesen der Monarchie.“

Das Wesen der Monarchie mag bestehen, wie es will, und Herr Schweinburg mag es auffassen, wie ihm beliebt. Aber das Wesen der konstitutionellen Monarchie besteht in jedem Falle darin, daß der „geschriebene Formalismus“, oder klarer gesprochen die Verbindlichkeiten gegen Proletariat und Volk ihren vollen Respekt erfordern. Der „geschriebene Formalismus“ ist das Produkt einer großen geschichtlichen Entwicklung. Und wenn Kreuzzeitungs-Staatsrechtler und Schweinburge dieser Entwicklung glauben mit Mische-Phantasmen spotten zu dürfen, so dürfen sie sich dabei gehörig in die eigenen Finger schneiden. —

— Die Ergänzungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch sollen einer Mittheilung der „M. N. N.“ zufolge dem Reichstage in der letzten Session dieser Legislaturperiode noch vorgelegt werden. —

— Das Innungsgesetz soll vor 1899 nicht in Kraft treten, so viel Zeit sollen die Vorarbeiten verschlingen. Die meisten Handwerker können es erwarten. —

— Bismarck-Glossen. In dem Leitartikel der neuesten Nummer der „Zukunft“ finden sich unter Anführungszeichen eine Anzahl Glossen Bismarck's über die französisch-russische Allianz, über die Marinepläne, über die Kaiserin Augusta und über die konservative Partei. Die letztere Stelle wollen wir wiedergeben:

„Man wirft mir jetzt in den Zeitungen vor, ich habe durch eine Neuerung, die in einem Wiener Blatte veröffentlicht wurde, die konservative Fraktion verletzt. Ich kann mich der Neuerung nicht mehr entsinnen, weiß nicht, wie sie in die Zeitung kam, und nehme an, daß sie sich auf Vorgänge bezog, die sich bei meiner Erlassung und bei der Beratung der ersten Handelsverträge abspielten. Von den heutigen Führern der konservativen Partei kenne ich überhaupt nur einzelne Herren, die meinem Gause befreundet sind und die ich natürlich nicht kränken wollte; auch an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der anderen zweifle ich nicht. . . . Aber es liegt nun einmal in der Natur der Partei, daß sie von der auch sonst leider laudenswürthlichen Fraktionsstreiterei besonders leicht verführt wird. Da sitzen Beamte, die eigentlich garnicht ins Parlament gehören, Leute, die Söhne, Töchter und Enkel zu verpflegen haben und deshalb Rücksichten nehmen müssen, da möchte mancher im Staat eine höhere Stufe erklettern, und nützliche Verwandtschaften, gesellschaftliche und militärische Beziehungen spielen auch eine Rolle. Dazu kommt, daß meine Standesgenossen vielfach recht bequem sind, nicht gern übermäßig arbeiten oder auch durch ihre landwirthschaftliche Thätigkeit in Anspruch genommen werden; dann stehen die Freisäulen, die sich auf die Sitzungen vorbereiten und in den Druckfassen Bescheid wissen, die Herrschaft an sich und die Fraktion merkt dann vielleicht zu spät, daß sie auf der schleifen Ebene angelangt ist. Mir haben die Herren von der Kreuzzeitungs-Partei das ministerielle Leben recht sauer gemacht; ich war nie ihr Mann und die schlimmsten Verdächtigungen sind immer von dieser Seite gekommen. Sie liehen mich im Stich, als es darauf ankam, zunächst einmal das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen; manches wäre anders geworden, wenn ich damals konservative Hilfe gefunden hätte, aber ich hätte viel eher noch mit Herrn Richter partirt als mit den Freunden der Katholiken-Eudon und Konsorten. Es war viel Leid dabei, weil ich es weiter gedacht hatte als andere Junker, aber auch doctrinäre Beschränktheit und protestantisch-jesuitischer Eifer. Als ich dann weggeschickt wurde, hatten wieder die selben Leute ihre Hand im Spiel: siehe Scheiterhaufenbrand und ähnliche Sachen. Wie es heute in der Fraktion aussieht, weiß ich nicht. Die außerordentlichen Leistungen können mir nicht gerade Bewunderung abzuvingen. Ich habe oft das Gefühl, daß die Herren die Begriffe konservativ und gubernamental verwechseln, und frage mich manchmal, ob sie selbst eigentlich genau wissen, was sie konserviren wollen.“

— Aus den Verhandlungen des Reichstages vom Mittwoch ist noch zu erwähnen, daß Abg. Gröber ausführlich über die soziale Bedeutung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches sprach. Er seierte die kleinen Fortschritte dieses Gesetzeswerkes als kolossale Fortschritte und mißt seiner Partei das Hauptverdienst an ihnen bei. Ferner sprach Prof. Dr. Schlicht aus Freising nochmal über die Kunst, indem er den Naturalismus und die Darstellungen des Nacten verurtheilt. — In der vierten geschlossenen Sitzung am Donnerstag wurden Anträge angenommen betreffend Förderung der Fachbildung in den Arbeitervereinen, Gründung von Arbeiterinnenvereinen, Erhaltung von Arbeiterwohnungen, Unterstützung der Zeitschrift „Charitas“. — In der letzten öffentlichen Generalversammlung sprach Professor Ley über „das heilige Land“; er schloß mit folgender Zusammenfassung: Drei Pflichten giebt es für die Katholiken: die kirchliche Nothlage in Deutschland zu lindern, die Wehrfähigkeit des apostolischen Stuhles zu beseitigen und die Regenerierung und Aufrichtung des hl. Landes zu bewirken.“

Dann sprach Baron Morsey über die katholische Einheit und Dr. Wagem beschloß den Kongress mit einer Rede, in der besonders die Behandlung der Orden in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten scharf beleuchtet wurde.

Die nächstjährige Generalversammlung soll in Krefeld stattfinden. —

— Die Unvollständigkeit, wenn sie gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht, ist oft recht därtig. Ein kleines Beispiel dafür giebt uns wieder ein Leitartikel der „Ruhr-Zeitung“, die uns von bekreudeter Seite übermitteln wird. Dieses Amtsblatt für die Kreise Böden, Jülich u. redet des langen von den „Schlagworten“ der Sozialdemokratie, von denen eins nach dem andern preisgegeben werde; nichts sei es mehr mit der Vereidungstheorie, mit dem Internationalismus, mit der Gleichheit, selbst den Achtstundentag habe Bebel ausgegeben. Nach solchen Voraussetzungen wüßte, so sollte man meinen, daß Blättern zu der Folgerung kommen, daß es also mit der Sozialdemokratie immer besser werde. Aber das geht wieder nicht für ein amtliches Kreis- und Centralblatt.“ Also findet denn der kluge Federheld folgenden ordnungsmäßigen Schluß:

„So verliert eine phrasenologische Sonne der Partei nach der anderen ihren Schein. Allein, ist ein Schlagwort verblasst, sofort wird ein neues erfunden. Nur so ist es möglich, die leichtgläubigen, urtheillosen Massen über den Kern und die wahren Verhältnisse der Sozialdemokratie hinwegzuführen. Der Kern aber ist das einzige, was an der Sozialdemokratie heilig geblieben ist. Nach wie vor ist das Ziel der Sozialdemokratie der Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, von Thron und Altar, und als revolutionäre Partei muß die Sozialdemokratie von jedem, der treu steht zu Kaiser und Reich, mit allen Kräften bekämpft werden.“

Es ist bewundernswürth, mit wie viel Einfalt die Ordnungsmänner in der Provinz den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen. —

— Was der deutsch-französische Krieg kostete. Französische Blätter veröffentlichen eine Statistik, die allerdings etwas spät kommt, aber trotzdem von Interesse ist; wer es vergessen

haben sollte, ersieht daraus, daß der Krieg die schlimmste aller Plagen ist, die ein Volk treffen können. Außerdem waren die Zahlen, die bisher über die Verluste der französischen und der deutschen Heere veröffentlicht wurden, immer etwas ungenau und einander widersprechend; schon deshalb ist es interessant, die Ergebnisse einer Enquete kennen zu lernen, die von einem der kompetentesten und gewissenhaftesten Statistiker unternommen wurde. Bobio, der Generaldirektor der italienischen Statistik, hat folgende Zahlen gefunden: Frankreich verlor im deutsch-französischen Kriege 186000 Mann. Darunter 80000, die auf den Schlachtfeldern getödtet wurden oder infolge ihrer Blessuren in Frankreich gestorben sind; 86000, die in Frankreich infolge einer Krankheit starben, und 20000, die in deutscher Gefangenschaft starben. Dazu kommen 477400 Mann, die während des Krieges dienstuntauglich wurden, und zwar 138000 durch Verwundungen in der Schlacht, 11400 durch Verwundungen auf den Marschen und 828000 durch Krankheit, Entbehrungen u. s. w. Die Verluste der Deutschen berechnet Bobio nach den amtlichen Angaben des großen Generalstabes, die er als durchaus zuverlässig bezeichnet. Auf den Schlachtfeldern wurden 17255 Mann getödtet, in den Ambuscaden starben 21023, so daß das deutsche Heer durch den Tod 38278 Mann einbüßte. Die Franzosen verloren also fast 100000 Mann mehr als ihre Gegner. Die Geldverluste erreichen für Frankreich eine Summe von fast 12 667 000 000 Franks, die folgendermaßen vertheilt sind:

	In Millionen ausgedrückt.
Militärische Ausgaben . . . . .	2 887
Kriegsschädigung . . . . .	5 748
Darlehen und Prämien . . . . .	1 159
Öffentliche Arbeiten für Kriegszwecke . . . . .	207
Entschädigung an Privats . . . . .	605
Verluste des Staats . . . . .	2 084
Verluste der Gemeinden, die der Staat erstatten mußte	585
	12 667 Mill.

Nicht inbegriffen sind die enormen Verluste, die durch Hemmung der Landwirthschaft und des Handels entstanden. Was Deutschland anlangt, so sollen seine materiellen Verluste die von Frankreich als Kriegsschädigung gezahlte Summe von fünf Milliarden nicht erreicht haben. —

— Deutsche Städte besichtigen die Pariser Weltausstellung. Vom Stuttgarter Oberbürgermeister Klämelin ist die Anregung ausgegangen, es möchten sich die Verwaltungen aller Städte Deutschlands mit über 80000 Einwohnern gemeinschaftlich an der im Jahre 1900 in Paris stattfindenden Weltausstellung betheiligen. Diese Anregung ist auf einen fruchtbaren Boden gefallen; von den 26 in betracht kommenden Städten haben schon 24 ihre Betheiligung bestimmt zugesagt (Mülhausen i. E. hat definitiv abgelehnt). Es wird nun am 12. September in Karlsruhe die erste Konferenz abgehalten, bei der die Stadtverordnungen oder ihre Vertreter anwesend sein werden. Auch der Reichskommissar für die Weltausstellung, Geheimrath Regierungsrath Dr. Richter aus Berlin hat sein Erscheinen zugesagt. In erster Linie wird es sich darum handeln, die einzelnen programmatischen Punkte festzustellen, sowie für die verschiedenen Städte ihr Ausstellungsgebiet näher zu umschreiben. Sodann soll ein ständiger Ausschuss gewählt werden, dem die Aufgabe zufällt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. —

— Unschuld in Gefängnis. Aus Gotha wird berichtet: Ein Jahr unschuldig im Gefängnis hat der Barbiergehilfe Albert Grobe aus Großschwarzen gefessen. Derselbe war am 18. August 1885 wegen schweren Diebstahls auf grund des Zeugnisses seines damaligen Arbeitgebers Barbier Wittauer zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden und hat diese Strafe auch verbüßt. Er sollte aus dem Bureau der Anwaltschaften Brauerei 26 M. in Saar und 70 Stück Biermarken unter Anwendung von Gewalt gestohlen haben. Die Wiederanfrage des Verfahrens, welche am Dienstag, den 31. August, vor dem hiesigen Landgericht verhandelt wurde und bei welcher ein Zeugen vernommen wurden, ergab eine so schwere Erschütterung des Zeugnisses seines inzwischen verstorbenen Arbeitgebers Wittauer, daß Freisprechung erfolgte. Die Ehre des jungen Mannes, der durch einen Meineid seines Prinzipals ins Unglück gestürzt wurde, ist damit wieder hergestellt. Wer entschädigt ihn aber nun für alle die Qualen, welche er durch seine Haft schuldlos erlitten, und wer ersetzt ihm den materiellen Schaden, den er erlitten hat? Der heutige Staat lehnt es ab, diese selbstverständliche aller Gerechtigkeitspflichten anzuerkennen. —

Kiel, 2. September. (Fig. Ber.) Vor etwa 1/4 Jahren hatte der Chefredakteur der „Kielser Zeitung“, Herr Niepa, einer der hiesigen Pressenhauptlinge, im Stadtparlament den Antrag eingebracht, den Wahlrecht-Benutzer, der 1892 von 660 M. auf 1200 M. hinaufgeschraubt war, wieder auf 900 M. zu erniedrigen. Die damalige Wahlrechtrechnung hatte begrifflicherweise unter den von ihr betroffenen 5000 Arbeitern und Kleinbürgern große Erbitterung hervorgerufen, die gewiß mit dazu beigetragen hat, in dem hiesigen Wahlkreise bei der 38er Wahl den Sieg inflexen Kandidaten herbeizuführen. Um nun das auf den Sand gesetzte Wahlrecht wieder flott zu machen, brachte plöblich Herr Niepa seinen Antrag ein. Derselbe wurde einer Kommission überwiesen, die nunmehr einen langen Bericht veröffentlicht, der in selten klarer Weise Zeugnis ablegt von den Anschauungen und probenhafter Bestimmung der Mehrzahl der Kommissionsmitglieder, die mit sieben gegen zwei Stimmen den zahnigen Antrag Niepa ablehnten. Die Kommission fand abgesehen von Unrecht darin, daß die inzwischen auf rund 11000 angewachsenen Jensten ihres Wahlrechts verhandelt seien, da ja das neue preussische Einkommensteuergesetz dazu die Handhabe bietet. Weil die beiden Steuerklassen von 900—1200 M. nur 47861 M. Steuer, die höheren Stufen aber 689188 M. aufbringen, war die Kommission der Ansicht, daß diese Stufen auch nicht im Stadtverordneten-Kollegium vertreten zu sein brauchten. Bei Genehmigung des Wahlrechts sehe man sich der Gefahr aus, durch diese der Sozialdemokratie Heranzugewandene Klassen majorität zu werden. Durch den Antrag gebe man 4702 Jensten gegenüber den bisherigen 6627 das Wahlrecht, und da von den 4702 Personen der größere Theil sozialdemokratisch wählen werde, würde man dadurch den Frieden im Stadtparlament gefährden. Außerdem aber werde man die vorhandene Erbitterung über die frühere Wahlrechtsänderung nicht aus der Welt schaffen. Um aber auch nun den 1200 Jensten der Steuerklasse von 1050—1200 M. das Wahlrecht zurückzugeben, sei — eine Aenderung des Ortsstatuts notwendig, die nicht rätlich wäre, weil dieses erst vor fünf Jahren festgesetzt sei. Auch sei bei dem sorgfältigen Sinnen des Geldwesens die Aufrechterhaltung mancher sozialdemokratisch wählenden Arbeiter in die höhere Steuerstufe zu befürchten. Mit positiver Gewißheit ist anzunehmen, daß auch die Stadtkollegien diesen Kommissionsbeschluß zu dem ihrigen machen werden. Die Arbeiter werden auch vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Die Angst vor der Sozialdemokratie läßt das Bürgerthum seine liberalen Anschauungen über den Haufen werfen. Es spottet der Liberalismus und weiß nicht wie. Einen unbegehrbaren Vorkationshoff hat dieser Kommissionsbericht den Kielser Parteigenossen gegeben; sie werden ihn ausnützen.

Strasburg i. El., 2. September. (Fig. Ber.) Die von mir gestern besprochene Saarbürger Chauvinisten-Affäre hat eine überraschende Wendung genommen. Das Pariser Sportblatt „Le Vélo“, welches, wie mitgeteilt, die Glänzwort-Adresse der fünf Saarbürger Herren an den französischen Heerführer Bonrillon publizirt hatte, veröffentlicht in seiner Nummer vom 31. August eine „Déclaration-loyale“, in welcher der Hergang der Sache offen dargelegt wird. Danach rührt die von der deutschen Chauvinistenpresse „inkriminirte“ Stelle der Zeitschrift: „Sie beglückwünschten B., der die französischen Farben zum Siege führte, welche die ihrigen sind“, in ihrem letzten, hier durch Sperrdruck gekennzeichneten Theil nicht von den Absendern her, sondern ist von einem Redakteur des „Le Vélo“, welcher der Sache einen patriotischen Anstrich verleihen wollte, eigenmächtig hinzugefügt worden. Die Redaktion bedauert in ihrer jetzigen Erklärung dies Vorgehen eines ihrer Kollegen und giebt der Berichtigung Raum, die ihr seitens

der Saarbürger Herren bereits am 14. August zugegangen war. Damit ist die Angelegenheit in ein ganz anderes Licht gerückt. Die Veröffentlichung der Absender jener Unglücksadresse, sie seien das Opfer einer Fälschung seitens der Redaktion des „Le Vélo“ geworden, hat sich als wahr herausgestellt, womit die ganze chauvinistische Heere unserer „gutgeheinten“ Presse gegenstandslos geworden ist. Unbegreiflich bleibt immerhin das lange Zögern des Pariser Blattes. Sollte für dasselbe etwa die Absicht maßgebend gewesen sein, abzuwarten, welche Folgen eine derartige freundschaftliche Kundgebung in den amnestirten Provinzen für ihre Urheber haben werde? Das wäre allerdings ein freventliches Spiel gewesen, wie die schlimmen Folgen zeigen, welche sich daran knüpften. Nachdem das Blatt nun aber das bisher Versäumte in sonderbarer Weise nachgeholt hat, erwacht der Polizeibehörde die Pflicht, ihre ohnehin völlig unverständlichen Maßregeln gegen den Casévier Clement, welchem deshalb bekanntlich die Wirthschaftskonzession entzogen wurde, und gegen die übrigen Unterzeichner der verhängnißvollen Zuschrift rückgängig zu machen. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde nach einer Mittheilung des „Theaterkurier“ am 31. August nach der Vorstellung im Livolitheater in Hannover der erste Liebhaber dieser Bühne, Herr Bernhard Vorwerk verhaftet. Der Direktor des Theaters und einige andere Herren thaten sofort Schritte, um die Freilassung des Herrn Vorwerk zu erwirken, was ihnen auch am nächsten Morgen gelang. Ein Epistodenspieler, der früher am Livolitheater engagirt war, wird bezichtigt, Herrn Vorwerk aus Rache denunzirt zu haben.

— Czschirung mit Dampf hat Baden den Junggehehen versprochen müssen. Nichts weniger als eine czechische Universität und ein czechisches Polytechnikum in Währten und ein czechisches Gymnasium in Schlesien sollen vorerst beschlossen worden sein. —

— Schweiz. Bern, 3. September. Der Bundesrath genehmigte die Uebereinkunft mit dem Großherzogthum Baden, betr. den Erlaß einer Fischereivereinbarung für den Untersee und den Rhein. —

— Frankreich. Paris, 3. September. Die Untersuchung über die Explosion vor der Madeleine-Kirche bei der Rückkehr des Präsidenten Baure ist bis jetzt resultatlos geblieben. —

— Portugal. Lissabon, 3. September. Aus Anlaß des Ueberfalles auf eine portugiesische Bark durch Risspiraten, welche das Schiff plündern und den Kapitän sowie einen Theil der Mannschaft desselben gefangen halten, haben die portugiesischen Panzerschiffe „Basco de Gama“ und „Adamafor“ den Befehl erhalten, nach Marokko zu gehen. —

— Afrika. Victoria, 3. September. Der Volksraad hat mit großer Mehrheit beschlossen, seinen Mitgliedern Diäten von 100 Pfund Sterling monatlich zu gewähren. Diefelben sollen indeß nur während der Dauer der Tagung bezogen werden. —

Der Maschinenbauer-Kampf und die Hydepark-Demonstration.

Die Achtstunden-Demonstration der Londoner Gewerkschaften am vergangenen Sonntag war so zahlreich besucht, als unter den abzuhaltenen Versammlungen nur erwartet werden konnte. Ramentlich der Zug der demonstrierenden Vereine vom Thausenau zum Hydepark war mit seiner endlosen Zahl von Fahnen und seinen vielen Musikkorps überaus eindrucksvolle, und als er im Hydepark ankam, wartete schon eine große Zuschermenge an den acht Tribünen auf die Redner. Das größte Publikum zog, wie immer, wenn er auftritt, John Burns an, der als Mitglied des Maschinenbauer-Vereins in den letzten Wochen ganz England bereist und in allen großen Zentren Versammlungen zu gunsten des Londoner Achtstundentages abgehalten hat. „Gonst John“ hat sehr gealtert. Er ist jetzt ganz grau und längt auch an, lahl zu werden. Aber seine Stimme hat noch wenig von ihrer Kraft eingebüßt, und seine Rede frömt noch so unerschöpflich wie je. Er sprach über eine Stunde — ein arger Verlust gegen die mit ihm auf der Plattform stehenden Redner, aber wer kommt neben dem verzogenen John Battersea“ auf. Auf den anderen Tribünen waren die Hauptredner Ben Cooper, G. M. Taylor, W. Crooks und W. Steadman, Arbeitermitglieder des Graffschaftraths, David Brown, Sekretär des Londoner Achtstundentages, H. Sellis, Präsident, und G. Barnes, der Sekretär des großen Vereins der Maschinenbauer, Peter Curran und W. Thorne von der Union der Gasarbeiter, sowie das neugewählte Arbeitermitglied des Parlaments F. W. Meddson. Die Resolution drückt den Londoner Maschinenbau-Arbeitern im Kampf für den Achtstundentag ihre Sympathie aus, verurtheilt das Vorgehen der Unternehmer, welche die Arbeitsperre verhängt haben, und fordert die englische Arbeiterwelt auf, den Kämpfenden jeden finanziellen und sonstigen Beistand zu leisten.

Fast alle Gewerkschaftsvertreter, die sprachen, legten auf den letzteren Punkt das größte Gewicht und konsolidirten die Bereitwilligkeit ihrer Organisationen, den Maschinenbauern gegebenenfalls nach Kräften zu helfen. Es lud auch in den letzten Tagen verschiedene Schritte in dieser Richtung gesehen. Der Vorstand des Gewerkschaftsvereins der Zimmerer hat eine Extraversammlung von 3 Pence die Woche zu gunsten der Maschinenbauer angekündigt, was bei 50000 Mitgliedern über 600 Pfund die Woche ergeben würde. Der Vorstand des Vereins der Eisenbahnarbeiter hat seinen Mitgliedern die Bewilligung von 500 Pfund an die Maschinenbauer vorgeschlagen, und so wird auch anderwärts schon die Trommel gerührt. Daneben wachsen aber auch die Anforderungen, zumal mit der Zeit immer mehr Geschäfte durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden. Unter diesen Umständen ist es von erheblicher Bedeutung, daß der Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins der Baumwollspinner, G. Rawdley, in seiner letzten Wochenkorrespondenz, nach einigen kritischen Bemerkungen über das Benehmen einiger der Vertreter des Maschinenbauer-Vereins und einer Abschätzung der Nachmittel der kämpfenden Parteien, zum Schluß bemerkt: „Sollten nach Verlauf von sechs Monaten die Maschinenbauer-Vereine mehr Geld brauchen, so würde es keine Schwierigkeiten machen, eine Viertelmillion (5 Millionen Mark) leihweise auszubringen. Ich bin überzeugt, daß Baumwolle und Kohle im Stande sein werden, den größten Theil davon unter sich auszubringen, während die Paugewerbe sicherlich nicht mit ein paar mal 20000 Pfund zurückbleiben würden.“

Dies die Meinung vor, dann würden allerdings die Maschinenbauer dem Gang der Ereignisse mit großer Seelenruhe entgegenstehen können. Jedenfalls ist diese lähle Anständigkeit viele patriotische Reden werth.

Lehten Freitag wurden an 45000 Ausständige gegen 30000 Pf. Ausständgeld gezahlt. Diese Woche wird diese Zahl durch Hinzukommen der in Sheffield Ausgesperrten noch erhöht werden.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Kesselbauer über die Frage, ob sie den Londoner Maschinenbauern sich anschließen wollen, haben wir bereits mitgetheilt. Die Abstimmung in zwei anderen, dem erwähnten Bunde angehörenden Organisationen ergab eine so geringe Betheiligung, daß sie ebenfalls als einer Aktion ungnüftig angesehen wird. Von 8273 Mitgliedern des Anstreicherevereins stimmte nur der vierte Theil, und zwar 1418 für 48, 442 für 51 und 342 für 45 Stunden die Woche. Noch geringer war die Theilnahme an der Abstimmung des



5500 Mitglieder zählenden Verein der sozialistischen Zimmerer (Edinburg). Hier stimmten nur 1089 Mitglieder und zwar 450 für 48, 417 für 51, und 172 für 48 Stunden die Woche. Von der großen Mehrheit der beteiligten Gewerkschaften fehlen die Resultate noch.

### Partei-Nachrichten.

Die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wurde von den Präsidenten Parteigenossen im sozialdemokratischen Verein erörtert. Nach dreitägiger Debatte, an der sich vor allem eine ganze Reihe agitatorisch thätiger Genossen beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß das reaktionäre Gebahren der Reichsregierung auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete sie in einen Konflikt brachte selbst mit der bis dahin gefügigen Reichstags-Majorität; daß infolge dessen die Reichsregierung bestrebt ist, ihre reaktionäre Politik mit Hilfe des preussischen Landtages, in welchem das östliche Junkertum dominiert, durchzuführen; in weiterer Erwägung, daß unter dem Druck dieser Umstände unter unseren Genossen in Preußen eine weite Kreise umfassende Bewegung entstanden ist, zu dem Zweck, an den preussischen Landtagswahlen selbst unter den durch die öffentliche Stimmgabe sowie anderen erschwerenden Umständen des Dreiklassen-Wahlrechts teilzunehmen, ist der Hamburger Parteitag zu ersuchen, den Beschluß des Kölner Parteitages, welcher in bezug auf die preussischen Landtagswahlen Wahlenthaltung bestimmt, aufzuheben. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß der Parteitag sämtliche mit der Wahlbeteiligung in Preußen im Zusammenhange stehende taktische Fragen unter strenger Wahrung der Grundsätze unseres Programms lösen wird.

In Göttingen erklärte sich eine Parteiversammlung dagegen, daß sich unsere Partei „auf der ganzen Linie“ an den preussischen Landtagswahlen beteilige; die Versammlung forderte die Aufhebung des Kölner Beschlusses, um in solchen Kreisen, wo es angebracht erscheint, die Beteiligung zu ermöglichen.

Ueber den Parteitag der Sozialdemokratie im Fürstentum Neuchâtel wird uns noch mitgeteilt:

Nach dem Kassensbericht wurden im verfloffenen Geschäftsjahre eingenommen einschließlich 1895.43 M. früheren Kassensbestandes 5004.49 M. Hierzu leisteten die Genossen aus 17 Orten Beiträge. Ausgegeben wurden u. a. für Agitation 1881.99 M., an Streikunterstützung 184.25 M., für Jubelfeste 440 M.; an den Partei-Ausfluß wurden 900 M. abgefunden. Es blieb ein Kassensbestand von 751.93 M. Außerdem sind bei dem Vertrauensmann eingegangen und bestimmungsgemäß verwendet worden: Für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter 184.42 M. und für die ausgesperrten Leppichweber in Gera 92.21 M. Auch hierzu haben die Genossen aus einer großen Anzahl von Orten bedeutende Zuschüsse geleistet. Die Opferwilligkeit unserer Anhänger ist umso höher anzuschlagen, als die Arbeiter der in Gera und Umgegend hauptsächlich vertretenen Textilindustrie seit Jahren unter schlechtem Verdienst zu leiden haben.

Im Agitationsbericht war u. a. der vielen Hindernisse gedacht, die der Propaganda für unsere Partei bereitet werden. Der Lokalmangel wird immer fühlbarer, je mehr die Reichstags-Wahl heranrückt. Die Gegner üben gegen die Saalbesitzer den ärgsten Terrorismus aus. Besonders drohen die Krüger- und Militärvereine sofort mit dem Boykott, auch Beamte arbeiten mit ähnlichen Mitteln. Vor dem Herrn Gendarm und dem Herrn Landrath haben die Wirthe heillosen Furcht. Eine Verordnung über das Tanzwesen macht sie von den Behörden noch abhängiger, als sie sonst schon sind.

Die Gemeindevahlen im letzten Jahre führten in Gera zu keinem positiven Erfolge, gegen das Kartell der Freisinnigen und Nationalliberalen war noch nicht anzukommen. Es wurde aber ein erheblicher Stimmengewinn erreicht. In sechs Orten siegten unsere Genossen. Die Landtags-Erfahrung hat für den verstorbenen Genossen Dahn viel günstig aus, indem Genosse Vetterlein mit 400 Stimmen Mehrheit gewählt wurde. Da die mündliche Agitation sehr durch Lokalmangel eingeschränkt war, wurden mehrere Flugblätter im ganzen Wahlkreise vertheilt.

In das Agitationskomitee wurde wie in früheren Jahren auch eine Frau gewählt.

Der Geschäftsbericht der „Neuchâtel Tribune“ ergab ein zufriedenstellendes Resultat. Die Einnahmen aus dem Abonnement und den Inseraten sind gestiegen und es ist auch ein kleiner Ueberschuß erzielt worden. Aber auch die Verfolgungen sind ärger geworden, wegen Verleumdung in einem Falle erhielt der noch unbekannt Genosse Neffert 18 Monate Gefängnis. Gegenwärtig sind zwei Redakteure in Haft.

Der Parteitag zeigte, daß die russische Sozialdemokratie auch im verfloffenen Jahre Fortschritte zu verzeichnen hatte, und er eröffnete günstige Aussichten für die nächste Reichstagswahl.

Totenliste der Partei. In Rostock hat einer der Veteranen unserer Partei, der Schneider Joh. Nehls, die Augen für immer geschlossen. Er war seit den 60er Jahren, wo er dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein angehörte, und später insbesondere unter dem Sozialistengesetz unermüdet für die Ausbreitung des Sozialismus thätig und noch in seinen alten Tagen schaute er vor mehrstündigen Agitationstouren nicht zurück, trotzdem er beim Gehen Stricken zu Hülfe nehmen mußte. Ehre seinem Andenken!

### Vollzeilliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Major in Gera hatte gegen seine Verurteilung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis Revision beim Reichsgericht eingeleitet. Diese ist aber, wie die „Neuchâtel Tribune“ mittheilt, wegen Formfehler als unzulässig zurückgewiesen worden. Damit sind alle Rechtsmittel gegen das harte Urteil erschöpft.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

In der Schuhfabrik von Leiser, Kaiserstr. 6/7, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist streng ferngehalten. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

Achtung, Korbmacher! Bei der Firma Anclon u. Co., Wilhelmstr. 124, haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Herr Starke hatte vor etwa vier Wochen den Lohn für die Kugelförde dem in anderen Werkstätten gezahlten Lohn annähernd gleichgestellt. Nach Fertigstellung der Septemberlieferung glaubt nun Herr Starke seinen Leuten wieder 1 Mark pro Korb abziehen zu müssen. Die Submissionsbedingungen sind für alle Lieferanten dieselben und so ist es nicht mehr wie billig, daß auch die gezahlten Löhne annähernd gleich sind. Wir bitten die Kollegen, Zugang fernzuhalten. Die Kommission.

#### Deutsches Reich.

Die deutschen Maurer werden dringend ersucht, Arbeit nach Budapest nicht anzunehmen. Wie uns ein Privattelegramm vom dortigen Streikkomitee mittheilt, dauert der Streik unverändert fort. Die Meister versuchen von überall her Streikbrecher anzuwerben. Daß deutsche Arbeiter sich als Streikbrecher nicht hergeben werden, ist umso mehr zu erwarten, als die Arbeitsverhältnisse der Budapestener Bauarbeiter noch weit schlechtere sind, als die der deutschen.

Das Landgericht in Rostock hat, wie wir seinerzeit mittheilten, im Gegensatz zum Schöffengericht entschieden, daß gewerkschaftliche Versammlungen zu denjenigen „geräuschvollen Zusammenkünften“ gehören, die nach der mecklenburgischen Verordnung über die Heiligung der Sonntage und Festtage an den Sonnabenden nicht gestattet sind. Es handelte sich um eine Maurerversammlung. Die mecklenburgische Volkszeitung veröffentlicht jetzt den Text des schriftlichen Urtheils. Es ist charakteristisch für die Weltanschauung der Herren Richter. „Wenn“ — so heißt es in dem Urtheil — „eine zahlreiche Menschenklasse niederen

Standes öffentlich zur Besprechung einer der brennendsten Zeitfragen, der Lohnfrage, zur Berathung von Wahlen und von anderen Dingen zusammengerufen wird, so ist das durch diese Zusammenkunft bewirkte Geräusch ähnlich laut, wie das durch eine Wähler-Versammlung jener Art verursacht, und sie muß demgemäß von vornherein auch als eine „geräuschvolle“ charakterisirt werden. Schon das Zusammenströmen der nach Hunderten zählenden geladenen Personen, wie es der Einberufer bewerkte, ja auch schon das Zusammenkommen von etwa 50 Personen, wie es hier stattgefunden hat, und das sich naturgemäß dabei erhebende Stimmengewirr bringt ein lebhaftes Geräusch hervor, das die allgemeine Stille, wie sie nach der mehrerwähnten Verordnung an den Sonnabenden herrschen soll, beeinträchtigt. In einer solchen Versammlung, in welcher die vitalsten Interessen der Theilnehmer zur Sprache gebracht werden, werden gedehntlich laute Reden gehalten, es entstehen ernste und laute Debatten, und es werden mit lebhaftem Geräusch Bewegungen des Beifalls oder Mißbilligung kundgegeben, die mit der im Gesetz geforderten allgemeinen Stille unvereinbar sind. Versammlungen, welche den eben beschriebenen Charakter an sich tragen, sind daher als „geräuschvolle Zusammenkünfte“ im Sinne des § 1 der mehrerwähnten Verordnung anzusehen.“

Unter dem Urtheil stehen nicht etwa die Namen von Grafen, Freiherren und dergleichen Leuten der höheren Klassen, sondern die Namen von drei einfachen bürgerlichen. Was würden diese Herren sagen, wenn sie von der mecklenburgischen Ritterschaft als Leute bezeichnet würden, die einer Menschenklasse niederen Standes angehören?

Ergebnisse der Urabstimmung im Verbands der deutschen Buchdrucker. Saalgau, Frage 1: 519 Ja, 128 Nein. Frage 2: 509 Ja, 138 Nein. — Gau Mittelrhein, Frage 1: 728 Ja, 156 Nein. Frage 2: 722 Ja, 176 Nein.

Nach dem Ergebnis aus diesen beiden Gauen stellt sich nun das vorläufige Gesamtergebnis der Urabstimmung wie folgt: Von circa 22 000 Mitgliedern des Verbandes haben auf die Fragen geantwortet rund 18 400. Davon stimmten

für Frage 1 (ob die Opposition den Verband schädige)	für Frage 2 (ob eventuell Anschluß erfolgen sollte)
13 736 mit Ja, 4 600 Nein.	13 228 mit Ja, 5 163 Nein.

Es ist dies, wie gesagt, das vorläufige Ergebnis. Fest steht aber schon heute, daß der Zentralvorstand betreffs der entscheidenden Frage: „Galten Sie die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pfingstkongresses entwickelte Thätigkeit der sogenannten Opposition gegen das Verbandsinteresse gerichtet?“ mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Abstimmenden und mit einer Mehrheit von weit über der Hälfte aller Mitglieder überhaupt über die Richtung Sach festgestellt hat. Dagegen hat der Zentralvorstand auf die Frage: „Wünschen Sie, daß seitens der Verbandsleitung gegen die Verbands-schädiger nach Absatz a und b im § 5 des Statuts vorgegangen wird?“ die Dreiviertel-Mehrheit nicht erhalten, sondern nur 500 Mitglieder, die die Thätigkeit der Opposition gleichfalls als verbandsschädigend erklärten mußten, haben doch dem Anschluß der Opponenten nicht zustimmen vermocht.

Darin liegt ein Fingerzeig für den Zentralvorstand, den nicht zu beachten ein schwerer Fehler wäre. Es hiesse im Sinne weiterer Kreise der organisirten Arbeiterschaft handeln, wenn der Zentralvorstand von der Gewalt, die ihm die Mehrheit der Mitglieder ausdrücklich gegeben hat, keinen Gebrauch machte, sondern den Weg der Verständigung mit der Opposition beschreiten wollte.

Es versteht sich, daß diese Verständigung nicht auf Kosten der Disziplin erreicht werden kann, die das Lebenselement nicht nur der politischen Partei, sondern ganz besonders auch der Gewerkschaften ist. Was die Mehrheit auf ordnungsmäßige Weise beschließt, wie es die Buchdrucker auf der Generalversammlung zu Halle und jetzt durch die Urabstimmung gethan haben, dem hat sich der einzelne, dem hat sich auch die Gruppe zu fügen, sonst ist erspriehliches Wirken einfach nicht möglich und nicht das Interesse der Arbeiter, sondern das der Unternehmer wird sonst gefördert. Diese Binsenwahrheit zu beachten sollten gerade diejenigen Mitglieder der Opposition nicht verstehen, die politisch auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Die Institutionen des Verbandes gewähren Raum genug, um jeder sachlichen Meinungsäußerung über Berufsangelegenheiten die Möglichkeit zu bieten, sich Geltung zu verschaffen.

Wir handeln nur im Interesse der Partei und im Interesse der Gewerkschaften, wenn wir die der Opposition im Buchdrucker-Verbande angehörenden Parteigenossen ersuchen, sich dem Beschlusse der Mehrheit ihrer Fraktionen zu fügen, die Sonderbestrebungen, die, mögen sie an sich von den achtungswerthen Motiven ausgehen, praktisch lediglich zur Fortdauer eines ganz unheilvollen Bruderkrieges geführt haben, einzustellen und ihre Ansichten innerhalb des Verbandes in den Grenzen zu vertreten, die ihnen wie allen andern Mitgliedern das Statut vorschreibt.

18 Erdarbeiter der Firma Vering legten am Donnerstag beim Bau am Schutenhafen in Hamburger Gebiet die Arbeit nieder. Die Leute mußten den ganzen Tag bis an den Knien im Wasser und Morast arbeiten und bekamen einen Tageslohn von 3,20 M. bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Leute stellten eine Lohnforderung von 3,50 M., die ihnen nicht bewilligt wurde, worauf sie die Arbeit einstellten.

Kaffeeberleserinnen der Firma Mager u. Wandmann in Hamburg legten die Arbeit nieder, weil fortgesetzt die Akkordlöhne erniedrigt wurden. Während im Frühjahr noch bis 14 M. pro Woche verdient werden konnten, scheint den Firmeneinhabern ein Wochenlohn von 9 bis 10 M. für die Arbeiterinnen genügend. Die Zahl der Ausschüden beläuft sich auf 50.

Tischlerstreik in Stettin. Die Lohnkommission erstattete am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung Bericht. Demselben war zu entnehmen, daß auch für diese Woche der Stand des Streiks unverändert ist. Die Zahl der Streikenden hat sich nicht verringert, sondern durch Entlassungen aus dem „Gulfan“ und der Firma Kubow u. Walter vermehrt. Wenn auch die Mehrzahl der Entlassenen Unverheiratete sind, die laut Beschluß abreisen müssen, so ist doch zu befürchten, daß die Situation des Streiks bedeutend verschlechtert wird. Es erschien deshalb angebracht, sich über Aufhebung des Streiks zu äußern. Nach einer langen, eingehenden Debatte wurde nachstehende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die Versammlung beschließt den Streik für beendet zu erklären. Um aber nicht die Errungenschaften völlig zu verlieren, macht es die Versammlung den Kollegen zu Pflicht, zu versuchen, möglichst die gestellten Forderungen zu erhalten, und für Ausbau der Organisation nach Kräften zu wirken.“ Der Streik, welcher nun seit 20 Wochen hartnäckig geführt wurde, ist danach beendet. Da aber doch noch kleines Schornstein nachfolgen werden, so ist vorläufig noch der Zugang streng fernzuhalten.

40 Glühbirnen und Schreiber der Firma Karl Meißner in Dresden haben die Arbeit eingestellt. Wie mitgeteilt wird, hat die Firma fortwährend kleinere Abzüge gemacht, sodas schließlich die Lohnverhältnisse außer Acht gedrückt waren und schließlich zum Ausstand führten. Die Firma fabrizirt Pianoforte.

Der Streik der Putzarbeiter in Dresden steht für diese mit jedem Tage günstiger. Die noch theilhaftigen Arbeiter halten tapfer aus, während es in der Fabrikanten-Vereinigung recht bedenklich zu kiffeln anfängt. Eine Dresdener Fabrik hat sich überhaupt nicht an die den Arbeitern gegenüber gefassten Beschlüsse gehalten, sondern ruhig die deshalb verfallenen 1000 M. Restantion gezahlt, um die durch die Aussperrung in Dresden frei werdenden guten Arbeitskräfte einstellen zu können. Was die Arbeiter vorausgesetzt, ist eingetroffen: Die außerordentlich großen Gutsfabriken benötigen die Gelegenheit, um die Dresdener Konkurrenz vollends lahm zu legen. Das ist die Folge des rücksichtslosen Verhaltens der Unternehmer den Arbeitern gegenüber. Die neu eingestellten „jungen, intelligenten“ Leute haben sich als unbrauchbar erwiesen, gegen die Aussperrten als Sturmböcke zu

dienen. Die meisten sind wieder davon gelassen, nachdem sie sahen, daß es, als die 14 Tage mit 16 M. Lohn pro Woche herum waren, mit dem Akkordverdienst seinen Haken hat. Wochenverdienste bis zu vier Mark herunter sind zu verzeichnen gewesen. Die Stimmung der Unternehmer kommt sehr bezeichnend zum Ausdruck in einem Artikel der letzten Nummer der „Strohhut-Zeitung“, dem Fabrikantenorgan. Es heißt dort in einer Antwort auf die Inskription eines Arbeiters unter anderem: „Wenn wir den ausländigen Arbeitern einen Rath geben können, so ist es der, daß sie an ihre Arbeitgeber herantreten und Vorschläge zu einer gütlichen Beilegung des Streikes machen sollten; wir glauben nicht, daß dies ganz erfolglos wäre.“

Wenn die Herren so etwas schreiben, oder schreiben lassen, nachdem sie die Versuche der Arbeiter, die Differenzen „gütlich“ beizulegen, schroff zurückgewiesen haben, so muß es schon lächlich unter den Nägeln brennen.

Ein recht eigenartiger Anfall liegt dem Streik der Tischler in Aichaffenburg zu grunde. Die dortige Vereinigung der Meister hat in ihr Statut folgenden Paragraph eingefügt: „§ 14 Abs. 2. Gleichfalls darf kein dem Verein angehöriger Meister einem Gesellen Arbeit geben, der bei Tischlern, Auktionatoren und Bau-Unternehmern gearbeitet hat. Verläßt ein Geselle seine Arbeit ohne Kündigung resp. ohne übernommene Akkordarbeit unvollendet, so hat der betreffende Meister dem Vorsitzenden sofort Mittheilung zu machen, der dann durch Zirkular sämtliche Mitglieder davon in Kenntniß setzt. Erklärt ein Mitglied nachträglich, daß er einem Gesellen Arbeit gegeben, der in unrechtmäßiger Weise sein bisheriges Arbeitsverhältnis gelöst, oder bei Tischlern, Auktionatoren und Bauunternehmern gearbeitet hat, so hat er denselben binnen 14 Tagen zu entlassen.“ Den Arbeitern gefiel die Sache gleich nicht besonders, warum sollten sie sich als Sturmböck für die Meisterinteressen gebrauchen lassen? Die Sache kam ins Rollen und als vor Kurzem der Paragraph gegen einen Gesellen in Anwendung gebracht wurde, führte die Maßregelung zum Ausstand in 12 Werkstätten. Ein Versuch des bayerischen Fabrikinspektors, zu vermitteln, scheiterte an der Starrköpfigkeit der Unternehmer, die auf ihrem § 14 bestanden.

#### Ausland.

Sämmtliche Vergolder und Hilfsarbeiter der Firma Gebrüder Feigl in Buda Pest haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer eine Lohnreduktion versuchten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die Fabrikanten um Ersatzkräfte nach Deutschland wenden werden. Die deutschen Kollegen werden ersucht, den Zugang abzuhalten und Engagements nach hier nicht anzunehmen. Das Streikkomitee.

Die 140 Textilarbeiterinnen in Burgdorf (Schweiz) haben ihren Streik nach achtwöchiger Dauer gewonnen. Die Firma Schafrauth u. Cie. hat zugestanden, vom 1. Oktober ab den Festsonntag einzuführen und die Löhne zu erhöhen. Maßregelungen unterbleiben. Die Arbeiterinnen haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen zwischen den dänischen Metallarbeitern und den Unternehmern sind noch nicht abgeschlossen; die endgültige Regelung scheint durch allerhand „Scharfmacher“ in die Länge gezogen zu werden.

Zum Kampfe der englischen Maschinenbauer liegen heute nur folgende telegraphische Meldungen vor: Von Aberdeen wird berichtet, daß die Arbeitgeber der dortigen Maschinenbau-Industrie beschloffen haben, über eine Anzahl Arbeiter die Sperre zu verhängen. Von dieser Maßregel werden mehrere hundert Arbeiter betroffen.

In Belfast soll der Ausstand der Maschinenbauer beendet sein. Diese Nachricht dürfte sich wahrscheinlich nur auf einige Firmen beziehen.

In Glitheroe (England) legten 3000 Weber die Arbeit nieder, weil sie in eine Lohnreduktion von 5 pSt. nicht willigen wollten.

### Soziales.

Konferenz zur Bekämpfung der Tuberkulose. In Verbindung mit der 69. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte findet am 29. September in Braunschweig eine Konferenz zur Bekämpfung der Schwindsucht statt.

Der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, der vom 14. bis 17. September seine Jahresversammlung in Karlsruhe abhält, wird sich u. a. beschäftigen a) mit der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, b) mit der Kanalisation der Städte, c) mit der Nahrungsmittelverfälschung, d) mit den Vorzügen der Schulgebäude-Anlagen im Pavillonstypen, e) mit der Wohnungsdesinfektion und mit der Verhütung von ansteckenden Krankheiten in Badeorten und Sommerfrischen.

Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wird sich auf seiner am 29. September zu Bielefeld stattfindenden Jahresversammlung mit Einrichtungen gegen den Alkoholmißbrauch während der Arbeitszeit beschäftigen. Es sollen praktische Einrichtungen in Vorschlag gebracht werden, die es dem Arbeiter ermöglichen, während der Arbeitszeit auf starke Getränke und auf den Besuch von Wirtschaften zu verzichten, und zwar: a) Aufenthaltsstätten für Straßenarbeiter, b) Bauhütten für Maurer und ihre Handlanger, c) Schulhallen für Droschkenführer, d) Sitzgelegenheit für Dienstkleute, e) Trinktrümmen an den Straßen und nahe den offenen Arbeitsplätzen, f) gutes Trinkwasser in den Werkstätten, g) Gelegenheit zum Kaffeetocher oder Versorgung mit guten Getränken umsonst oder zu billigen Preisen etc.

Weil die Gewerbegerichtswahlen nur zur Agitation für die Sozialdemokratie benutzt würden, hat der Gemeinderath von Geringwalde i. S. die Errichtung eines Gewerbegerichts abgelehnt. Auch außerhalb Sachsens sind die Wünsche der Arbeiter auf Schaffung jener nützlichen Institution schon mit derselben Begründung abgelehnt worden, den Reiz der Neuheit hat daher die Antwort des Geringwalder Gemeinderaths nicht, interessant ist sie aber insofern, als sie zeigt, daß wenn irgendwo in Deutschland in Beziehung auf die Arbeiterfrage eine sozialpolitische Thorheit begangen wird, unter der Bourgeoisie Sachsens sich immer Leute finden, die das thörichte Beispiel nachahmen.

Amerikanische Arbeiterstatistik. Das vom amerikanischen Bundesdepartement für Arbeiterstatistik herausgegebene „Bulletin“ berechnet die folgenden für die außerordentlich schnelle Entwicklung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft sehr bezeichnenden Zahlen. Im Jahre 1820 war in den Vereinigten Staaten das Verhältnis zwischen der ackerbaureisenden und der in der Industrie beschäftigten Bevölkerung wie 6:1; 1840 war es betragensweise auf 4 1/2:1; 1870 auf 2 1/2:1 und 1890 schon auf 1 1/2:1. Es dürfte demnach nicht mehr lange dauern, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Industriebevölkerung an Zahl die landwirtschaftliche übertrifft.

Sehr interessant sind auch die folgenden Zahlen, die darthun sollen, daß das eingewanderte Arbeiterelement keineswegs so rückständig ist, wie man oft glaubt; daß im Gegentheil gerade unter denjenigen Arbeitergruppen, die im Vordergrund sozialer Kämpfe gestanden haben, das eingewanderte Arbeiterelement sehr stark vertreten ist. Es waren beschäftigt:

	Eingeborene	Eingewanderte
In der Bekleidungs-Industrie . . . . .	562 117	219 256
In der Nahrungsmittel-Industrie . . . . .	101 897	98 168
In der Leder-Industrie . . . . .	192 272	110 880
In den Baubandwerken . . . . .	848 821	530 567
In der Metall-Industrie . . . . .	552 014	279 148
In der Textil-Industrie . . . . .	261 690	182 584
In Bergbau . . . . .	291 654	195 591

Eine amerikanische Zeitung schreibt dazu: „Wollen wir in der Sonderung noch einen Schritt weiter gehen und die sozialistischen Sondertheile, welche fast ausschließlich den Schauplatz der aktiven Arbeiterbewegung gebildet haben, separat betrachten, so würden wir finden, daß unter den Abteilungen der Arbeiterschaft, welche auf diesem Schauplatz sich regten und Kämpfe führten, das eingewanderte Element in der Majorität war.“



# Ein Berliner Lockspitzel in Wien.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bringt einen Bericht über die Berliner Parteigenossen nicht minder als die Arbeiterschaft an der Donau interessiert wird. Wir geben daher die Mitteilungen über die neuesten Thaten des Lockspitzels Richard Hamm — denn um diesen handelt es sich — vollständig wieder. Unser Wredereorgan schreibt:

In dem Gasthause des Gustav Sindermann in Ottakring, das der Ortsgruppe der Gewerkschaft der Metallarbeiter als Versammlungsort dient, kam es kürzlich zu einem heftigen Aufruhr. Ein Mann, der sich äußerst provokatorisch mit den Gästen unterhielt, sie insbesondere auf ihre politische Gesinnung auszufragen wollte und äußerst radikale Worte im Munde führte, war mit dem Metallarbeiter Genossen Horatschek in Streit gerathen und hatte ihn „Schuft“ genannt. Die Gäste waren über das Vorgehen dieses Herrn empört, und es schien fast, als ob es zu Thätlichkeiten kommen sollte, als der Genosse Metallarbeiter Alois Orendi dazwischentrat und mit ruhiger Stimme Horatschek zurief: „Von einem solchen Menschen wie diesem, der Familien ins Unglück gestürzt und für die Berliner Polizei Lockspitzeldienste verrichtet hat, der Budapest schmählich hat verlassen müssen, können Sie sich ruhig einen Schuft heißen lassen, der kann Sie nicht beleidigen.“ Durch diese Worte wurden auch die arglosesten Gäste ruhig, und jetzt erinnerte sich der eine oder andere der Gäste, daß die Art und Weise des Vorgehens dieses Herrn wirklich den Eindruck hervorrief, als sei er ein Agent provocateur. Auf die Vergangenheit dieses Mannes sollte jedoch eine vorgefertigte Vorrede des Ottakringer Strafrichters Dr. Kiesel durchgeführte Verhandlung ein eigenartiges Licht werfen.

Richard Hamm, die der Name des Herrn, hatte bei diesem Bezirksgericht eine Ehrenbeleidigungsklage eingeleitet, in der er Orendi beschuldigte, ihn Schuft, Lockspitzel genannt, ihm den Ruin eines Metallarbeiters Perrier, vorgeworfen und die Gäste aufgefordert zu haben, ihn aus dem Lokal zu werfen.

Genosse Orendi, der sich über diese Klage zu verantworten hatte, leugnete, den Ausdruck Schuft gebraucht zu haben, stellte jedoch das Wort Lockspitzel unter Beweis und daß, die Vorgeschichte dieses Mannes erzählen zu dürfen. Er begann: Richard Hamm alias Stern ist ein von der Polizei unterhaltener Lockspitzel, der den Auftrag hatte, in London Agent provocateur-Dienste zu verrichten und die Unvorsichtigen, die sich etwa eine unbedachte Neuerung einschließen ließen, bei ihrem Entweichen auf deutsches Gebiet in die Hände der Berliner Polizei zu spielen. Da die Polizei mit ihm unzufrieden war, sollte ihm sein Honorar reduziert werden; da drohte er der Polizei, wenn man ihm nicht eine höhere Bezahlung gäbe, die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen der Polizei abspielten, im Berliner „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Daß Hamm ein Spitzel war, geht aus seinen eigenen, von seiner Hand geschriebenen Memoiren hervor, die in den Besitz des „Vorwärts“ gelangt sind und hier veröffentlicht wurden. Nach diesen Aufzeichnungen habe er in London den anarcho-socialistischen Autonomienklub gegründet und zu seinen Zwecken verwendet. Plötzlich verschwand er vom Berliner und Londoner Schauplatz und tauchte in Budapest auf. Hier suchte er sich in die Reihen der organisierten Metallarbeiter einzuschleichen, diese zu provozieren und dann zu denunzieren, denn Hamm ist ein gewöhnlicher Denunziant.

Richter (einfallend): Wähigen Sie sich. (Zum Ankläger): Es steht bei Ihnen, aus dieser Beleidigung Konsequenzen zu ziehen. — Ankläger Hamm schwieg.

Angeklagter Orendi fährt fort: Es gelang ihm tatsächlich, Anhänger zu gewinnen, er stand sogar im Aktionskomitee der Metallarbeiterschaft Budapests. Hier leistete er jedoch Unfrieden und erregte Erbitterung, als er bei einer Massenversammlung die damals das Tagesgespräch bildende Ermordung Carnot's als Heldenthat hinstellte. Da ich die Budapestischer Arbeiterschaft durch diesen Mann nicht diskreditieren lassen wollte und ihn von dem Artikel im „Vorwärts“ her kannte, beschuldigte ich ihn dort des Lockspitzelthums und ließ, als er hierfür Beweise forderte, das Beweismaterial von Berlin kommen, daß ich, da ich damals in der Redaktion des „Ungarischen Metallarbeiter“ stand, in einer eigenen Flugchrift in deutscher und ungarischer Sprache veröffentlichte. Obwohl Hamm die ihm in dieser Flugchrift zur Last gelegten Beschuldigungen aufs heftigste ableugnete, that er keinen Schritt, um mich wegen Ehrenbeleidigung zu verfolgen. Als diese Flugchrift auszukunftsweise im Wiener „Metallarbeiter“ erschien, sendete er diesem allerdings eine Berichtigung, ließ sich jedoch dessen Glossen, die ihm vorwarf, daß er das Budapestler Blatt nicht verlegt habe, ruhig gefallen. Ich kann ihn daher mit vollem Rechte „Lockspitzel“ nennen.

Der Zeuge der Affäre, Gastwirth Sindermann, giebt unter Handschlag an, Hamm provozirte jeden Gast, werfe mit den radikalsten Worten herum, beleidigte die Gäste, die ihm dann ausbleiben. Hamm habe ihm selbst erzählt, er habe im Auftrage der Berliner Polizei um 3000 Mark jährlich den Anarchistenklub geleitet, sei hierbei jedoch heimlich im Interesse der Arbeiterschaft vorgegangen und habe so die Berliner Polizei zum Narren gehalten.

Verteidiger Dr. Hosen (unterbrechend): Wenn Hamm also die Polizei in Berlin hintergangen haben will, so ist er also kein Denunziant, sondern ein ...

Nun gelangt der Ankläger Hamm zum Worte, der erzählt, man habe es daraus abgesehen, ihn in Ottakring unmöglich zu machen. — Angekl. (einfallend): Weil es Pflicht eines jeden unabhängigen Menschen ist, zu bewirken, daß solche Existenzen vom Schauplatz verschwinden. Wir haben eigens eine 2-Verammlung einberufen, um unsere Genossen über diesen Mann aufzuklären, damit sich jeder vor ihm hüte. — Der Richter erfuhr nun beim Zeugenaufruf, daß zwei Zeugen nicht eruiert werden konnten, und verurteilte zur genauen Feststellung obiger Daten die Verhandlung.

## Soziale Rechtspflege.

Vom Gewerbegericht zur Strafkammer. Der Zimmerer H. verlangte vom Gewerbegericht (Kammer III), daß ihm wegen unberechtigter Entlassung eine Lohnentschädigung zugesprochen werde. Er mußte zugeben, dem ihm vorgelegten Maurerpoller in der Wuth gedroht zu haben, er werde ihn „über den Siebel schmeißen“. Der Vorsitzende Schmieder und die Beisitzer riefen dem Kläger vor Eintritt in die Verhandlung, die Klage zurückzunehmen, da er sich sonst noch einer strafrechtlichen Verfolgung aussehe. Kläger beharrte aber bei seiner Forderung. Er wurde abgewiesen. Durch die Drohung habe er einen Grund zur sofortigen Entlassung gegeben. Assessor Schmieder erklärte, nunmehr verpflichtet zu sein, die Akten der Staatsanwaltschaft einzureichen.

Der Photograph Schröder hatte dem Photographen N. einen Wochenlohn um 4 Mark gekürzt, weil N. an seinem „Freisamstag“ nicht gearbeitet hatte. Der Gehilfe klagte dann beim Gewerbegericht gegen Schröder. Die Kammer VIII verurtheilte den Beklagten, die 4 Mark an den Kläger zu zahlen. Da Kläger alle drei Wochen auf einen freien Sonntag Anspruch hatte, sei der Abzug von dem vereinbarten Wochenlohn unzulässig.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Denunziant. Die I. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich dieser Tage mit dem Buche „Weib und Welt“ des bekannten Lyrikers Richard Dehmel im objektiven Verfahren zu befassen. Der in seinen Rufstücken auch schriftstellernde Referendar Böries von Münchhausen hatte Veranlassung genommen, einige der in jenem Buche enthaltenen Gedichte als „unzüchtig und gotteslästerlich“ der Staatsanwaltschaft zu denunzieren. Der als Interessent bei dem Verfahren anwesende Dichter verteidigte seine Gedichteser gegen die ihnen widersprechende Charakteristik mit dem Aufwande seiner ganzen Beredsamkeit und

versicherte, daß weder er noch in Verleger eine ungünstige Entscheidung für möglich hielten. Aber, wie so manchmal im Rechtsleben, das Unerwartete wurde Ereignis, denn der Gerichtshof erkannte — indem er im übrigen die Denunziation für unbegründet erklärte — auf Unbrauchbarmachung eines der Gedichte. Der Dichter hat durch Rechtsanwalt Paul Jona's hiergegen die Revision einlegen lassen.

Eine gestern vor der I. Ferienstrasskammer verhandelte, gegen einen Schuhmacher Schul gerichtete Anklage wegen Verstoßes gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zeigte wieder einmal, wie notwendig es wäre, eine obligatorische Entwertung der Versicherungsmarken nach deren Einlieferung in die Versicherungskassen einzuführen. Manche Vorkommnisse deuten darauf hin, daß in der Umgebung von Grieskirchen Herbergen ein ziemlich schwunghafter Handel mit alten, schon einmal eingeklebten Marken betrieben wird. Leute, die mittellos sind und sich in Noth befinden, pflegen häufig die Marken ihrer Versicherungskarten als letzten Rettungsanker zu betrachten, sie lösen sie heraus und bringen sie zu billigen Preisen an den Mann. Die Erwerber solcher Marken wissen gewöhnlich nicht, daß die Verwendung schon einmal benutzter Marken untersagt ist und sie verfallen dann, wenn der Kontrollbeamte diese Art der Verwendung bemerkt, der gefällig vorgehenden Strafe. Dies war auch bei dem Angeklagten der Fall: er hatte ganz gulgäubig eine Anzahl schon eingeklebt gewesener Marken erworben und weiter verwendet. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 30 M. Geldstrafe.

Bei einer Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, die gestern die 5. Ferienstrasskammer beschäftigte, handelte es sich wieder einmal um eine jener Szenen vom Bauarkt, wie sie in Berlin nicht gerade selten sind. Der Eigentümer und Töpfermeister Jabne baute in der Auguststraße ein Haus und hatte die Maurerarbeiten an einen Maurermeister Hofmann vergeben. Wie dies leider manchmal bei solchen Bauten vorkommt, gerieth der Maurermeister in finanzielle Schwierigkeiten und die an dem Bau arbeitenden Maurergesellen kamen wegen Erlangung ihres Wochenlohnes ins Gedränge. Eines Sonntags gelang es ihnen nicht, ihren Lohn zu erhalten. Der Meister hatte kein Geld und Herr Jabne als Bauherr gab ihm nichts, weil er nach seiner Behauptung von der Berufsgenossenschaft eine Zuschrift erhalten hatte, durch welche ihm untersagt worden war, an Hofmann Gelder irgend welcher Art abzuführen. Die Arbeiter wurden auf Montag verdröset, ihr Bemühen war aber auch an diesem Tage vergeblich, dagegen hatte ihnen der Bauherr in Aussicht gestellt, daß er sehen wolle, was er für sie thun könne, Voraussetzung sei aber, daß sie sich anständig betragen. Das Gewerbegericht hat ihn später zur Lohnzahlung verurtheilt und damit festgestellt, daß die Erfüllung der Verbindlichkeiten gegen die Bauarbeiter nicht bloß von seinem guten Willen abhing, sondern seine Pflicht war. Die vom Montag auf den Dienstag verdröseten Arbeiter wurden, als sie auch dann kein Geld erhielten, des Wartens müde. Als Herr Jabne auf dem Bau erschien und eben eine Leiter heruntergestellert war, drängten etwa 16 Maurer auf ihn ein und verlangten unter nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen ihren ehrlich verdienten Lohn. Die Lage des Bauherrn wurde höchst ungemüthlich, schließlich sprühte er einige „schweilige Häufte“ an seinem Kopfe, er war sich auch nicht im Zweifel darüber, daß einige der Anwesenden ihre Hände in eine unangenehme Verührung mit seinem Körper brachten. Er stellte gegen alle 16 Beteiligte den Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, gegen die Maurer Karl Panzer und Otto Schwarz aber, die er unter den Schlägeren erkannt hatte, gleichzeitig wegen Körperverletzung. Das Schöffengericht sprach alle Angeklagte von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei, verurtheilte dagegen Panzer und Schwarz zu je einer Woche Gefängnis. Beide legten Berufung ein und bestritten in dem gefragten Termine, daß sie Hand an den Bauherrn gelegt. Die Beweisaufnahme fiel in dieser Beziehung zu ihren Gunsten aus. Die Rechtsanwälte Dr. Kay und Leon Friedmann führten in einbringlichen Worten dem Gerichtshof vor, in welche Bedrängnis solche Bauarbeiter kämen, die die ganze Woche fleißig gearbeitet haben und dann am Lohntage mit leeren Taschen nach Hause kämen. Wenn die betreffenden Personen darüber in eine gewaltige Erregung kämen, so sei dies nur zu begreiflich und wenn sie sich dann vergäßen, so sollte man sie doch dafür nicht gleich ins Gefängnis schicken. — Der Gerichtshof sah sich denn auch veranlaßt, die Strafe des bisher ganz unbefohlenen Angeklagten Panzer auf 35 Mark herabzumindern; bei Schwarz, der schon wegen Körperverletzung vorbestraft ist, verblieb es bei dem ersten Urtheil.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Möbelpolierer, die am Montag bei Keller, Koppenstraße, tagte, beschäftigte sich mit der Organisationsfrage. Der Referent M. Weber trat in seinen Ausführungen für die Beibehaltung der bestehenden Organisation, die sich nach jeder Richtung hin bewährt habe, ein und erörterte die verschiedenen Gründe, die gegen den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband sprächen. Nach längerer Diskussion wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Versammlung erklärt, daß die bestehende Organisation, der „Verband der Möbelpolierer“, die zur Zeit allein maßgebende Organisation für die Möbelpolierer ist und sich die Versammelten verpflichten, derselben, soweit dies noch nicht geschehen, beizutreten und für deren Ausbreitung zu agitieren. Den Zeitpunkt für den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband erachtet die Versammlung erst dann für gekommen, wenn es gelungen ist, die noch fernstehenden und indifferenten Kollegen gewerkschaftlich zu organisieren. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage: „Ist es nützlich, daß sich die Polierer den Isalorganisierten Gewerkschaften anschließen?“ Der Referent Friedrich Kater erläuterte die Beschlüsse des Kongresses in Halle, erregte die Versammelten, sich mit den von dem Kongreß geschaffenen Einrichtungen einverstanden zu erklären und plädierte für den Anschluß an die Isalorganisierten Gewerkschaften. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Weber, Blauros, Reuter und andere beteiligten, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und beschließt, das Programm des Kongresses in Halle anzuerkennen. Die Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl desselben wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt und zum Schluß bekannt gegeben, daß am 12. Septbr. eine Partie nach Tegel stattfindet.

Eine öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseurgehilfen, die sich mit der Sonntagsruhe in diesem Gewerbe beschäftigte, tagte am Donnerstag in den Armintbasen. Wie angeführt wurde, wird in 99 pCt. der Geschäfte das Gesetz bezüglich der Sonntagsruhe nicht beachtet und über 2 Uhr hinaus Gehilfen beschäftigt. Nicht selten wird die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge des Sonntags bis nach 3 und 4 Uhr ausgedehnt, ohne daß die Behörde einschreitet. Trotzdem daß diese Gesetzesübertretungen so allgemein sind, wird nur in wenigen Fällen eine Anzeige erstattet. In verschiedenen Geschäften ist es wohl schon, daß die Gehilfen der Form wegen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie um 2 Uhr ihre Arbeitszeit beenden können, derjenige aber, der hiervon Gebrauch macht, kann fast immer seine Entlassung gewärtigen. In anbeacht der häufigen Arbeitslosigkeit, die zum großen Theil auf die bekannte Behring'schichterei in diesem Berufe zurückzuführen ist, fügen sich die Gehilfen in die Beschränkung ihrer freien Zeit oft, um ihrer Stellung nicht verlustig zu geben. Obwohl in mehreren Versammlungen diese Mißstände behandelt wurden, wird, wie die einzelnen Redner ausführten, von der Polizei doch noch keine genügende Kontrolle über diese Geschäfte geübt, um die Innehaltung der Bestimmungen zu veranlassen. Nach längerer Diskussion wurde das Bureau beauftragt, sich an das Polizeipräsidium zu wenden, damit die Beamten

angewiesen werden, eine eingehendere Kontrolle über die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe in diesem Gewerbe anzustellen. Sollte das Gesicht vom Präsidium ablehnend beschieden werden, so gedenken die Gehilfen mit ihrem Anliegen beim Magistrat vorstellig zu werden. Zum Schluß wurde auf den Werth der Organisation hingewiesen und zum Abonnement des neugegründeten Fachorgans „Der Friseur-Gehilfe“ aufgefordert und sodann bekannt gegeben, daß die nächste Vereinsversammlung am 9. d. M. bei Babel, Rosenthalerstr. 57, stattfindet.

In einer Maurerverammlung, die am Donnerstag in Cohn's Saal tagte, referirte Silberstein über die nächsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung im Baugewerbe. Er führte aus, daß jetzt, wo die neunständige Arbeitszeit und der Stundenlohn von 60 Pf. gesichert sei, die gewerkschaftliche Bewegung nicht etwa schon ihre Aufgabe erfüllt habe. Das nächste Ziel müsse sein, geeignete Schritte zu thun zur Beseitigung der Mißstände auf Bauten und Einführung einer sachmännlichen Bauaufsicht. Um das zu erreichen, bedürfe es keines Streiks, vielmehr müsse man sich in dieser Hinsicht sowohl an die gesetzgebenden Körperschaften, als an die zuständigen städtischen und Verwaltungsbehörden wenden. Nach Schluß der zustimmenden Diskussion wurde eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen, welche besagt: Da die Unfallgefahr im Baugewerbe von Jahr zu Jahr steigt, fordern die Versammelten, daß auf Grund von § 154 Absatz 4 der Gewerbe-Ordnung die Gewerbe-Justizkontrolle auf das Baugewerbe ausgedehnt wird, da die gegenwärtig durch Polizei-Organen ausgeübte Kontrolle unzureichend ist. Die Lohnkommission wird beauftragt, Material bezüglich der Mißstände im Baugewerbe zu sammeln und in geeigneter Weise zu verwenden. Eine längere Diskussion entstand über folgende Angelegenheit: Die Maurer auf dem Bau des Landgerichts in der Neuen Friedrichstraße haben bisher, entgegen den Beschlüssen der Maurer, in Akkord gearbeitet, jetzt aber die Arbeit niedergelegt, weil sie den Stundenlohn von 60 Pf. im Akkord nicht erreichen konnten. Es handelte sich nun um Stellungnahme zu dieser Angelegenheit. Alle Redner, welche zu diesem Punkt sprachen, waren der Meinung, daß man diese Kollegen, weil sie die Beschlüsse entgegengehandelt haben, nicht unterstützen dürfe. Es wurde beschlossen, über die Angelegenheit der Akkordmurer zur Tagesordnung überzugehen und dieselben ebenso zu betrachten, wie jeden anderen, der die Beschlüsse der Berliner Maurer nicht gehalten.

Der Zentralverband der Töpfer und Ziegler, Filiale Berlin, hielt am 25. August eine Generalversammlung ab. Berlesen wurde der Kassenbericht vom 25. Juli bis 25. August. Nach demselben betrug die Einnahme mit einem vorherigen Kassenbestande von 58,91 M. 472,26 M. Die Ausgabe stellt sich für Verwaltungskosten (Agitation, Inserate u. s. w.) auf 184,95 M., Wanderunterstützung 12,44 M., an die Hauptkassa 208,91 M. und Bestand für nächstes Quartal 119,96 M., ergibt ebenfalls 472,26 M. Die Mitgliederzahl betrug 521. Es sind laut Bericht des Vorstandes vom 6. Juli ab, wo eine etwa 600 Köpfe zählende öffentliche Versammlung gegen 5 Stimmen die Einigung der Töpfer Berlins resp. den Anschluß derselben an den Verband beschloß, netto 400 Mitglieder dem Verbands beigetreten. Der Beitritt geht täglich noch weiter vor sich, und kann gesagt werden, daß im Augenblick an 600 Mitgliedern sehr wenig oder gar nichts fehlen wird. Von den 400 neuen Mitgliedern waren aus Grund des Beschlusses vom 6. Juli 377 nicht genöthigt, Eintrittsgeld zu bezahlen. Das Resultat der Einigung darf vorläufig als ein zufriedenstellendes bezeichnet werden.

Bei der nunmehr vorgenommenen Vorstandswahl werden gewählt als 1. Vorsitzender G. Thiele, als 2. Vorsitzender Guth, als 1. Kassirer M. Lotbar, als dessen Stellvertreter Neumann, als Schriftführer John, als Beisitzer Allich und Steinig, als Revisoren Kronfeld, Barschin und Sprenger.

Darauf wurde auf die Nothwendigkeit der vollständig zu besuchenden Vertrauensmänner-Sitzungen, die nunmehr wieder regelmäßig tagen sollen, hingewiesen und auch über die zweckmäßige Verbreitung unseres Fachorgans hier am Orte berathen. Letzteres wird dem Vorstand zur Vorberathung überwiesen.

Die letzte Generalversammlung des Vereins der Töpfer Berlins fand am 27. d. M. bei F. Wille, Andreasstraße, statt. Laut Beschluß der vorhergehenden Generalversammlung ist der Verein zu einem Bibliothekverein umgeformt. Die Statuten wurden mit Ausschluß eines Paragraphen sowie die Bibliotheksordnung angenommen. Beides soll öffentlich bei Babel, Rosenthalerstr. 57, sowie bei Moll, Klosterstr. 101, bei welchem sich die Bibliothek befindet, ausgedrängt werden. Der Verein führt den Namen „Verein der Töpfer Berlins und Umgegend“. Darüber entspinnt sich eine heftige Debatte; schließlich wird der Name mit schwacher Majorität angenommen. Die Wahl des Vorstandes ergab: H. Hagen, Vorsitzender, H. Hoffmann, Bibliothekar, H. Böcker, Kassirer. Als Revisoren M. Lotbar und G. John. Der Beitrag beträgt monatlich 10 Pf.

Reinickendorf. Der Arbeiter-Bildungsverein „Jukunft“ hielt am 22. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab, in der Genosse Kiesel einen interessanten Vortrag über Friedr. v. Schiller und seine dramatischen Werke hielt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Außerdem wurde allgemein darüber geklagt, daß bei dem letzten Parteitag, daß in Wöltcher's Seepark stattgefunden hat, die Zivilberufsumrufter in äußerst ungenügender Weise ihre Pflicht erfüllt haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter den von den Musikern angebotenen Tarif bezahlen, daß diese dann aber auch die moralische Beipflichtung hätten, die Zeit, in der sie engagirt sind, nach Kräften auszufüllen.

## Deyeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 3. September. (B. H.) Gegen den hiesigen Führer der anarcho-socialistischen Bewegung, Dr. Eugen Schmidt, ist seitens der Staatsanwaltschaft wegen Verherrlichung des Attentats auf Canovas sowie wegen Schmähungen gegen den Fürsten Bismarck und gegen die Chies aller europäischen Regierungen in Artikeln des hiesigen Anarchistenorgans die Anklage erhoben worden.

Prag, 3. September. (B. H.) „Ratodni Listy“ bringt die Nachricht, daß von jetzt ab alle Anschriften der öffentlichen Meinung in Mähren, Schlesien, Böhmen doppelzweckig erfolgen. Mähren erhält eine tschechische Universität und ein tschechisches Technikum, das tschechische Privatgymnasium in Troppan übernimmt der Staat.

London, 3. September. (B. H.) Aus Caracas wird gemeldet, daß die Präsidentenwahl für Uruguay begonnen hat. Die Konkurrenten des Kandidaten Andrade haben sich zurückgezogen.

London, 3. September. (B. L. W.) Auslichen Berichten zufolge haben die Afrikaner bedeutende Streikkräfte zusammengezogen; möglicherweise werden Sara und Jamrud angegriffen werden. Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, hat die Entsendung einer harten Expedition in die Berge von Urah, dem Stützpunkt der Afrikaner, genehmigt.

Lissabon, 3. September. (B. L. W.) Von zwölf Anträgen des Finanzministers haben die Cortes nur drei genehmigt und zwar diejenigen, betreffend die Bank von Portugal, betreffend die Untersuchung öffentlicher Arbeiten und betreffend die Ruhegehälter. Der Antrag betreffend die Konversion der äußeren Schuld ist nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt worden, während der Antrag betreffend die Privilegien der Tabakgesellschaft noch unerledigt geblieben sind. Die Cortes haben sich nach Bewilligung des Budgets verlagert und werden am 2. November wieder zusammentreten.

Amsterdam, 3. September. (B. H.) Hier wird die Nachricht eines Berliner Wastes, daß die Gemöblen des Präsidenten Küger diesen bewegen wolle, nicht mehr zu kandidiren und sich ins Privatleben zurückzuziehen, angezweifelt.



Literarische Rundschau.

The Fabian Society: Fabian Tracts. (Verlag: „the Fabian Office, London, Strand 276.)

Die kleinen Broschüren und Flugblätter, welche die englische Fabier-Gesellschaft vom Jahre 1887 ab unter dem Gesamttitel Fabian Tracts herausgegeben hat, füllen bereits einen stattlichen Band. Klar, eindringlich, auf gründlicher Kenntnis der jeweils behandelten Fragen fußend, bietet diese hochentwickelte, vom sozialistischen Geist durchdränkte Broschürenliteratur, die ohne die Grundlage einer großen sozialistischen Arbeiterpartei erwachsen ist, sehr viel des Interessanten und Anregenden, ein treffliches Denkmal, das Kraft und Eifer jenes Vereines sich gesetzt hat!

Die Fabier-Gesellschaft in ihrer heutigen Gestalt ist aus einem sozialistischen Diskurs- und Bildungsclub, der sich im Jahre 1888 in London zusammen fand und größtenteils junge Leute aus den Mittelklassen als Mitglieder zählte, allmählich herangewachsen. Die öffentliche Propaganda, die Herausgabe von Schriften u. s. w. trat erst später zu der ursprünglichen, auf Selbstveränderung und Klärung der Gesellschaftsmittelglieder abzielenden Tätigkeit hinzu. Der Name Fabier, den der jugendliche Kreis sich beilegte, sollte der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine richtige, auf die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitende Taktik dem Beispiel des römischen Feldherrn Fabius Kuntinator folgen müsse, der, bedächtig zögernd, langsam-gründlich alle Vorbereitungen traf, um dann im günstigen Moment, des Sieges sicher, kräftig loszuschlagen.

Der möglichste, auf nahe, einfach zu erreichende Ziele gerichtete Charakter und die damit zusammenhängende Reizung, weitgehende Kompromisse mit dem am Staatsruder befindlichen großen Parteien einzugehen, — später hervorleuchtende Züge der Fabianischen Propaganda — lagen der Gesellschaft ursprünglich außerordentlich fern. Sehr interessant, wie man auch immer seinen Standpunkt beurtheilen mag, schildert Bernhard Shaw, einer der Gründer und thätigen Mitglieder der Organisation, in einem der Tracts die allmähliche Entwicklung. Im Jahre 1888, sagt er, verlangten wir nichts weniger als die schleunige Reorganisation der menschlichen Gesellschaft auf dem Boden der höchsten überprüfbar erreichbaren Moral. Im Jahre 1884 diskutierten wir darüber, ob Geld unter der Herrschaft des Sozialismus zugelassen werden solle, oder ob Zertifikate über die von jedem Mann geleistete Arbeit nicht am Ende das passendste Umlaufmittel für uns wären? Dann kamen wir mit Frau Wilson — später einem der thätigsten Mitglieder der anarchistischen Freiheitsgruppe Krapotkin'scher Färbung — zusammen und eine Art anarchistischer Infusion begann alsbald in unserem Kreise zu grassiren. . . Auch hatte die Verbindung der anarchistischen Ideen mit physischer Gewalt für uns nicht irgend etwas Abstoßendes. Die Fabier-Gesellschaft war kriegerisch in ihrem Ursprung. Sie entstand durch Abtrennung von einer früheren Gesellschaft, welche die friedliche Erneuerung der Klasse durch Hebung des moralischen Charakters in ihrem Programm vertrat. . . Und obwohl derselbe praktische Zug, der die Begründer angetrieben hatte, auf eine aktive Politik zu dringen, sie später zu den entschiedensten Gegnern aller Putsch- und Insurrektionspolitik gemacht hat, war das Festhalten an gefeßelter Entwicklung, das uns heute kennzeichnet, in den Fabier-Versammlungen von 1884 und 1885 etwas ebenso unerhörtes wie in den Demonstrationen der Sozialdemokratischen Föderation oder der Sozialistischen Liga.

Es ist dies eine individuelle Entwicklung, die in ihren Grundzügen wenigstens dem allgemeinen realistischen Charakter des modernen Sozialismus, der alles von der inneren ökonomisch-politischen Evolution der Gesellschaft erwartet, entspricht. Je stärker die sozialistische Bewegung anschwilt, um so mehr tritt die Bedeutung der nächstern sozialen und politischen Tagesarbeit hervor, um so unglücklicher erscheint es, daß durch kriegerische Ueberzumpelung, ehe die Bedingungen einer neuen Organisation noch ausgereift sind, mit einem Schläge das ersehnte Ziel sich solle erreichen lassen. Die Abstreifung jugendlich utopischer Hoffnungen hat jedenfalls die Fabier, trotz ihrer bürgerlichen Herkunft, nicht ins bürgerliche Lager zurückgetrieben. Unsere Gesellschaft, erklären sie in ihrem Programm, besteht aus Sozialisten. Dementsprechend erstrebt sie die soziale Umgestaltung durch Verdrängung des Bodens und des industriellen Kapitals aus den Händen des industriellen und Klasseneigenthums und die Uebertragung derselben an die Gemeinschaft zum allgemeinen Nutzen. Nur auf diese Weise kann an dem natürlichen und dem erworbenen Reichtum des Landes dem ganzen Volke sein gerechter Anteil gesichert werden. So sollen Grundrente und Profit dem Lohn des Arbeiters zuwachsen, die Ausbeutung fremder Arbeit verschwinden, der Wohlstand und die Freiheit Aller sich heben. Durch Verbreitung sozialer Aufklärung sucht die Fabier-Gesellschaft dem sozialistischen Zwecke zu dienen. In diesem Sinne will sie, wie es in ihren Grundzügen heißt, Diskussions-Versammlungen zur Besprechung von Fragen, die mit dem Sozialismus zusammenhängen, veranstalten, will sie die nähere Untersuchung ökonomischer Fragen und die Sammlung eines entsprechenden Sachkenntnismaterials befördern, belehrende Schriften sozialen und sozialistischen Inhalts herausgeben, sozialistische Vorträge und Debatten auch in anderen Gesellschaften anregen und sich überhaupt in der Öffentlichkeit betheiligen. Die Mitglieder sind verpflichtet, nach Kräften für diese Aufgabe zu wirken und jährlich Beiträge an die Vereinskasse zu entrichten. Ein besonderes, für die Zusammenfassung der Gesellschaft charakteristischer Passus erklärt endlich, daß sie in allen Schichten Rekruten suche, in der Ueberzeugung, daß nicht nur die, welche unter dem herrschenden System zu leiden haben, sondern auch viele, die durch dasselbe bereichert sind, die in ihm liegenden Uebel erkennen und ein Heilmittel begründen werden.

Erst seit dem Jahre 1887 sucht die Gesellschaft als solche eine öffentliche Thätigkeit, wie sie im Programm fixirt ist, zu entfalten; damals begann sie mit der späteren Jahr für Jahr fortgesetzte Herausgabe der kleinen, für die weitesten Kreise bestimmten Fabian Tracts. Sie veranstaltete öffentliche Versammlungen und griff in die Wahlbewegung ein. Im folgenden Jahre erschienen dann die „Fabian Essays in Socialism“, eine Reihe größerer prinzipieller Abhandlungen, die Formulirung ihrer theoretischen Ueberzeugungen enthaltend.

Eine irgendwie bedeutende Ausdehnung hat die Organisation aber auch durch ihr öffentliches Auftreten nicht erreicht. Nach dem Jahresberichte 1895/96 betrug die Mitgliederzahl in London 372, in der Provinz (in den meisten Großstädten des Königreichs haben sich kleine Zweiggemeinschaften gebildet) 324, alles in allem gerechnet 739 Personen, darunter allerdings viele sehr hervorragende tüchtige und gebildete Kräfte. Um nur einen Namen zu nennen, gehören die beiden Webbs, die berühmten Verfasser der großen, auch bei Dieh in deutscher Uebersetzung erschienenen „Geschichte des britischen Trade Unionismus“, der Gesellschaft an. Nicht ihrem Anfang, nur dem Talent und Eifer ihrer Hauptmitglieder verdankt die Gesellschaft den Einfluß, den sie gewonnen.

Dem wissenschaftlichen Charakter, den der Verein von Anfang an getragen, entspricht es — und dies bildet vielleicht eine der hervorragendsten Eigenheiten der Fabier-Bewegung —, daß großer Nachdruck auf eine tüchtige Kritik der sozialistischen Ansichten gelegt wird. Die Theorien von Marx und Lassalle, erklärten die Fabier in einem Schreiben an den internationalen Londoner Arbeiterkongress können ebensowenig als autoritär und verbindlich gelten, wie die Systeme Saint Simons und Owens, gegen welche die Be-

gründer des modernen Sozialismus ihrerseits die Waffen der Kritik gefehrt hatten. Das ist ein Standpunkt, gegen den im allgemeinen natürlich sich nichts einwenden läßt. Die freie Kritik ist Lebenselement des Sozialismus; daß es keine Grenzspähle und über den Zweifel erhabene Autoritäten geben kann, versteht sich von selbst. Eine ganz andere Frage ist es freilich, ob die besonderen einzelnen Einwürfe, die im Namen der Kritik von den Fabieren gegen Marx und Lassalle erhoben werden, wichtige, wahrhaft kritische Einwände sind, die irgend wie zu neuen tieferen Einsichten führen? Von der Ablehnung der Marx'schen Werththeorie, die nach den Fabiern durch eine der schärfsten bürgerlichen Ökonomie, die sogenannte „Grenznutztheorie“, ersetzt werden soll, wird man das z. B. nicht behaupten können. Indessen hat die Frage, ob sich der Tauschwerth nach der Arbeit oder grenznutzpsychologisch nach den Bedürfniskräften bestimmt, ja keine unmittelbare Beziehung zum Sozialismus. So oder so, das Faktum der Ausbeutung, das Streben, diese Ausbeutung zu beseitigen, bleibt was es ist. Keine Formulirung der Werththeorie kann daran etwas ändern.

Die wesentlichen Differenzpunkte liegen auch nicht auf theoretischen Gebieten, sondern sind taktischer Natur. Die Fabier, die dem Prinzip des Klassenkampfes eine sehr weite Auslegung geben und, wie der oben zitierte Passus ihres Programms bereits andeutet, auf starke Betheiligung der bürgerlichen Schichten in dem Emanzipationskampf rechnen, suchen bei der Schwäche der sozialistischen Arbeiterparteien Englands ihre Forderungen durch Einwirkung auf andere Parteien, Wahlbündnisse und weitgehende Kompromisse durchzusetzen. Es ist das ihre möglichste Taktik der Durchsicherung, der Durchdringung, bei der viel von der Schärfe des proletarischen Klassenstandpunktes verloren geht, die aber, wenn sie als ein ergänzendes Moment neben einer selbständigen Arbeiterbewegung einhergeht, immerhin viel zur Aufrüstung und Vorbereitung sonst indifferenten Massen und zur Erzielung kleinerer Erfolge beitragen mag. Insbesondere ihr Streben, die Wähler um jeden Preis zur Wahlbetheiligung heranzuziehen, um demjenigen der Kandidaten, der den vortheilhaftesten bürgerlichen Forderungen verhältnismäßig am weitesten entgegenkommt, zum Siege zu verhelfen, hat vieles für sich. „Auch wenn es — heißt es in einem ihrer Wahlaufzüge — keinen Kandidaten giebt, der es verdient, daß man für ihn stimmt, so giebt es wenigstens einen, der es verdient, daß man gegen ihn stimmt.“ Derselbe Grundsat, der freilich unter ganz anders gearteten Verhältnissen heute bei uns auch für die Betheiligung an den Landtagswahlen mit ins Feld geführt wird.

Die Hauptbedeutung der Gesellschaft liegt, wie gesagt, in ihrer literarischen Thätigkeit. Seit dem Jahre 1887, in dem die öffentliche Thätigkeit der Fabier begann, sind etwa 70 Tracts (Broschüren und Flugblätter) von ihr herausgegeben worden, ein großes Stück ernster, tüchtiger Arbeit, das im öffentlichen Leben Englands nicht ohne Wirkung geblieben sein kann. Unser Partei-Archiv ist im Besitze einer annähernd vollständigen Sammlung. Die besprochenen Gegenstände sind höchst mannigfaltiger Art. Eine ganze Reihe von Broschüren handelt von der Kommunalverwaltung und ihre Aufgaben (die Fabier haben sich an der Bewegung des sogenannten Municipal-Socialismus hervorragend betheiligt), andere über Fragen der öffentlichen Gesetzgebung, wieder andere bringen ganz allgemeine Auseinandersetzungen, beispielsweise über Anarchismus, christlichen Sozialismus, über das Wesen des Sozialismus u. s. w. u. s. w. Ein näheres Eingehen auf diesen überreichen Stoff ist hier natürlich ausgeschlossen. Nur auf zwei dieser kleinen Arbeiten wollte ich noch besonders hinweisen, da sie Anregungen allgemeiner Art, die sehr wohl auch für die deutsche sozialistische Broschürenliteratur fruchtbar gemacht werden könnten, bieten.

Die eine dieser Schriften, im Jahre 1887 als eine der ersten erschienen, heißt: „Thatsachen für Sozialisten, aus den Schriften der Nationalökonom und Statistiker“. Das Originelle und äußerst Wirksame dabei ist, daß die trockenen Zahlenangaben über die Einkommen-Vertheilung im modernen Großbritannien durch eine sehr einfache graphische Darstellung veranschaulicht werden, und daß so die Ausbeutung, der die Arbeiterklasse unterliegt, dem Auge förmlich sichtbar gegenübertritt. Die Schrift beginnt mit der Frage, wie groß das jährliche Total-Einkommen der gesammten Nation sei? Nach den Schätzungen verschiedener Nationalökonomien etwa 1450 Millionen Pfund (1 Pfd. = 20 M.). Diese Geldsumme wird durch einen großen schwarzen Kreis veranschaulicht. Dann kommt die zweite Frage: Wer produziert den Reichtum, der sich in jenem National-Einkommen ausdrückt? Wiederum nach den Nationalökonomien: die Arbeiter, im ganzen etwa 37-38 Millionen Menschen in dem ganzen Königreich. Dann weiter: Wovon leben die Reichen? Hauptsächlich von der Grundrente, dem Zins und Dividenden, die, immer nach den Ökonomie, einen Abzug von dem durch die Arbeiterklasse erzeugten Produkt darstellen. Nach der Einkommensteuer-Einschlagung beträgt die Grundrente 220 Mill., also annähernd 1/7 des Gesamteinkommens. Der Abbruch, den dieses damit erleidet, wird durch einen entsprechenden weißen Ausschchnitt in dem schwarzen Kreise, der das Gesamteinkommen bezeichneter, ausgedrückt. Zinsen und Dividenden belaufen sich auf 280 Millionen Pfund, also annähernd 1/5 des Gesamteinkommens. Das tritt als zweiter Ausschchnitt neben dem ersten hinzu. Dann kommt ein dritter, sehr bedeutender Ausschchnitt für die Gehälter der höher qualifizierten, nicht eigentlichen Handarbeit verrichtenden Arbeitsträfte, sodas der schwarze Kreis auf weniger als 1/3 seines ursprünglichen Flächeninhalts zusammenschrumpft. Der Rest — im ganzen 530 Millionen Pfund — ist das, was der im engeren Sinne des Wortes arbeitenden Klasse, deren Kraft doch im wesentlichen alle Reichthümer erzeugt hat, allein übrig bleibt. Diese Methode der Darstellung ist für den ungeschulten Leser überaus anschaulich und würde auch in einer deutschen, etwa die preussischen Einkommensverhältnisse behandelnden Parteibroschüre vielleicht vorzügliche Dienste thun.

Das andere Schriftchen betitelt sich: „Was lesen?, eine Liste von Büchern für Sozialreformer“. Auf 44 Seiten sind die Hauptwerke, die zur Einführung in die Gesellschaftsgeschichte, die sozialen Theorien (Nationalökonomie; Ethik; Recht und Politik), die wichtigsten sozialen Fragen, und dem Sozialismus am besten dienen können, kurz zusammengestellt. Jeder dieser Theile zerfällt wieder sehr übersichtlich in eine Reihe von Unterabschnitten. Der Abschnitt über Sozialismus z. B. bringt fernerst Bücherangaben: Allgemeine sozialistische Literatur, christlicher Sozialismus, Anarchismus, Utopien, kommunistische Experimente, sozialrevolutionäre Bewegungen, Biographien zc.

In Deutschland fehlt noch eine solche Zusammenstellung; aber das Bedürfnis nach ihr ist in Parteikreisen und außerhalb derselben sicher in hohem Maße vorhanden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dieser praktische englische Versuch auch bei uns in nicht zu langer Zeit Nachahmung fände.

**Giovanni Rossi: Utopie und Experiment. Gesammelt und übersezt von N. Sanfilippo. Zürich 1897. 324 S. Preis 3,20 M.** Es ist ein wunderliches Ragout, welches der Uebersetzer der Rossi'schen Schriften, Herr Sanfilippo, den Lesern vorsetzt. Das Deutsch läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig, und vor allem fehlt eine zusammenfassende orientirende Einleitung. Statt dessen ist

eine Anzahl bunt zusammengeklebter Briefe und Artikel, die auf Rossi und seine Unternehmungen irgend welchen Bezug haben, in den Text eingestreut. Der Leser mag sich die Notizen, die ihn interessieren, selbst zusammenfuchen.

Die Form des Buches kann als Symbol seines zerfließenden, verschwommenen Inhaltes aufgefaßt werden; und die Verschwommenheit des Inhaltes wieder ist ein charakteristischer Ausdruck für den anarchistischen Standpunkt, den der italienische Verfasser Rossi vertritt. Anarchismus ist Utopismus, eine Abkehr von den realen ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten, die in der modernen Gesellschaft geboten sind, und die der Sozialismus in zielbewusster Weise für die fortschreitende Emanzipation der Arbeiterklasse auszunutzen sucht; ein ohnmächtiger Versuch, durch Wünsche der Phantasie die Schranken der Wirklichkeit zu überspringen. Mit der Loslösung vom Wirklichen aber fällt jede scharfumschriebene Bestimmtheit dahin, in unbestimmtem Zukunftsnebel verschwimmen alle festen Gedanken. Es ist diese utopische Denkart, die als gemeinsamer Grundzug sich in der Propaganda der That und den sehr fruchtlosen anarchistischen Gesellschaftsidealien wiederfindet. Jene Taktik — übrigens nur von einem Theil der Anarchisten befürwortet — ist ebenso widerspruchsvoll und weltfremd wie das Ideal.

Zwei Hauptstücke sind es, die der deutsche Uebersetzer aus den Schriften und dem Lebenswerk des Dr. Rossi bietet. Das erste ist eine Jugendarbeit, eine schwungvoll in Rousseau'schem Stile geschriebene Utopie, die auf das italienische Landvolk berechnet war und großen agitatorischen Erfolg erzielte. Sie entsprach, wie Turati im Vorwort zu der 5. Auflage hervorhebt, dem halbpoetischen Charakter jener ersten in der Entwicklung begriffenen Sozialisten. Dies Heft erschien im Jahre 1878; als Rossi es geschrieben, zählte er erst 21 Jahre. Wunderlich romanhaft sind die Voraussetzungen. Rossi selbst ist der Held der Erzählung. Er besucht einen Freund, einen reichen Großgrundbesitzer, den Bruder einer vortheilhaftigen Schwester. Die Herzen finden sich. Der Bruder geht auf Reisen und läßt das glückliche Liebespaar in dem Besitze seines Vermögens zurück, damit es seine sozialistische Beglückungspläne verwirkliche. In wenigen Jahren wird ein Paradies des Friedens und Wohlstandes geschaffen. Diese Utopie, ganz durchströmt von jugendlicher Herzenswärme, steht bei aller Anreize der Erfindung jedenfalls sehr hoch über der spezifisch anarchistischen Utopie: „Das Parana im XX. Jahrhundert“, womit als viertem Hauptstück das Sanfilippo'sche Buch abschließt. Der Anarchist Rossi fürchtet, daß die menschlichen Triebe, z. B. der der Freiheit, bei einer kommunistischen Organisation nicht zu ihrem Rechte gelangen, und daß schließlich irgend ein Zwang doch an stelle der Herrschaftslosigkeit, des anarchistischen Ideals, werde treten müssen. Flugs schlägt er ein System der freien Konkurrenz aus, das aber vor dem bestehenden den großen Vorzug hat, daß nicht der wirtschaftliche Egoismus, sondern ein auszeichnungsloser Egoismus zur Triebfeder des ökonomischen Mechanismus wird. Wie das geschehen soll, bleibt in dem dicken Nebel des anarchistischen Zukunftsbildes verdeckt. Es ist schwer zu glauben, daß die Erläuterungen, die Rossi hinzusetzt, im Ernst gemeint sein können.

Der größere Theil des Buches, eingerahmt von diesen beiden Utopien, bringt die Berichte über die „Experimente“ des Dr. Rossi: über die kooperative bäuerliche Kolonie, die er, unterstützt von einem Grundbesitzer, in einem italienischen Flecken zu organisiren suchte, eine Gründung, die nach wenigen Jahren sich zu einer einfachen Produktivgenossenschaft zurückbildete und deren Mitglieder von vornherein sehr wenig kommunistischen Sinn und Initiative besaßen; sodann über die brasilianische Kolonie Cäcilia, in der das Ideal der Herrschaftslosigkeit ernsthaft verwirklicht werden sollte. Es gelang Rossi, eine Anzahl italienischer Landarbeiter für diesen Plan, der ihm den experimentellen Nachweis für die Lebensfähigkeit einer völlig freien Wirtschaftsorganisation liefern sollte, Anfang der neunziger Jahre zu gewinnen. In dem das Experiment bewies nicht anders, als was durch die verschiedenen kommunistischen Koloniegründungen in den Vereinigten Staaten bereits erwiesen war, daß nämlich eine kleine, ausgewählte Gemeinschaft, wenn sie der kapitalistischen Zivilisation den Rücken kehrt und mit sehr primitiver Lebensführung vorlieb nimmt, heute bereits gemeinsam produziren und den Ertrag nach Regeln der Billigkeit unter die Mitglieder zu theilen vermag. Nur schade, daß dieser Beweis für die wirkliche sozialistische Bewegung innerhalb der großen kapitalistischen Gesellschaft sehr geringe Bedeutung hat, und für den anarchistischen Gedanken, diese große Welt völlig ohne Zwang, durch bloße freie Vereinbarungen zu organisiren, gar nichts besagt. Die Gegenüberstellungen von Rossi, in denen er den zurechtweisen Versuch zu einem für das Gesellschafts-ganze glüklichen Experiment unbedenkten versucht, sind von unerwünschter Naivität. — Auch die freie Liebe, worunter Rossi nicht das Nacheinander, sondern das Nebeneinander freier Liebesverbindungen versteht, wird in der Kolonie experimentell und mit großem wissenschaftlichen Ernste behandelt. Herr Rossi, der mit Wissen und Willigung des ersten Liebhabers die Liebe einer jungen Italienerin in der Kolonie gewinnt, theilt einen ganzen Frogebogen mit, in dem das Mädchen über ihre Empfindungen bei der Erweiterung des Liebesbundes berichtet. So soll der Beweis, daß es ein Bedürfnis der menschlichen Gemüthsart ist, mehrere Personen gleichzeitig zu lieben“ geführt, der Weg zur Zerdrückung der Familie, welche Rossi als das festeste Bollwerk der Tyrannei und des Egoismus erachtet, gezeigt werden. Es ist ganz ernsthaft dieselbe Anwendung der „experimentellen Methode“, wie im ersten Fall. Schließlich sind übrigens beide Experimente verunglückt. Die Kolonie mußte sich auflösen, und das Mädchen zog seinem ersten Liebhaber, dem schlechtesten im Bunde, nach und unterwarf sich seinen Launen.

Nicht als ernsthaft propagandärische, als menschliches Dokument, als Spiegelbild wunderbarer, aus Hohem und Niedrigem bunt gemischter Phantasien, muß man das Buch betrachten. Sieht man das Ganze so als eine psychologische, wenn auch kunstlose Studie an, dann, aber auch wohl nur dann ist es möglich, einiges Interesse daran zu finden. C. S.

Eingelassene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Ditz'g Verlag) ist soeben das 48. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Umwälzungsbedingungen der modernen bildenden Kunst. Von O. Röhl. — Die Aufgaben der Gewerkschaften und die Generalmission der Gewerkschaften Deutschlands. Eine Organisationsfrage von Ferd. Sturm. — Kleine Briefe. — Der Abbe Gallani. Von Dr. C. Duga. — Literarische Rundschau. — Notizen: Nutzung der Energie der Wasserwellen. Für den Bau der neuen Kaiser'schen Stahlfabrik. — Heftchen: Was unsere „besseren Kreise“ lesen. Ein lustiger Beitrag zur Kritik der Familienliteratur. Von Otto Ernst. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Ditz'g Verlag) ist soeben die Nr. 19 des 7. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf, Freitag betreffend. — Arbeiterinnen und Frauenfreiheit. — Der Internationale Frauenkongress in Zürich. Von Elly Braun. — Aus der Bewegung. — Heftchen: Grob und Fein. Aus Novellen von Margarete Meiland. (Schluß). — Notizen: Von Elly Braun und Maria Reitz: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Gesundheitsliche Folgen industrieller Frauenarbeit. — Soziale Erziehung. — Weibliche Fabrikarbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nr. 3902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 66 Pf.; unter Kreuzband 66 Pf.



# Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die diesjährige Provinzial-Partei-Konferenz, welche am Sonntag, den 12. September, von vormittags 9 Uhr ab, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstraße 75, stattfinden soll, wird nicht dort, sondern in

## L. Keller's Festsälen (großer Saal),

Koppenstraße 29,

zur angegebenen Zeit tagen.

Dem allseitig geäußerten Wunsche der Genossen, welche der diesjährigen Konferenz ein besonders reges Interesse entgegenbringen, ihnen durch Beschaffung größerer Räumlichkeiten die Teilnahme als Gäste zu ermöglichen, ist damit Rechnung getragen.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitationskommission. Referent D. Antick.
2. Diskussion.
3. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
4. Die preussischen Landtagswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter Max Schippel. Korreferent Schriftsteller Georg Ledebour.
5. Anträge.

Genossen! Euch noch besonders die Bedeutung gerade der diesjährigen Konferenz aneinanderzuerinnern, erübrigt sich. Notwendig ist, daß alle Wahlkreise Berlins und der Provinz Brandenburg vertreten sind.

Die diesmalige Tagesordnung verlangt die gründlichste Behandlung. Um diese Arbeit an einem Tage zu bewältigen, ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche Delegierte pünktlich um 9 Uhr früh zur Stelle sind. Anträge sende man vorher Unterzeichnetem ein.

Mit soz. Gruß

Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Carl Dimmig, Berlin S 42, Louiseufer 11.

Die aus der Provinz kommenden Delegierten werden ersucht, bis zum Schlesienschen Bahnhof zu fahren, da das Lokal in unmittelbarer Nähe gelegen.

Der Zutritt ist nur gegen Einzahlungen gestattet, welche die Genossen von ihrem Kreis-Vertrauensmann unentgeltlich erhalten.

NB. Die Partei-Organ der Provinz werden um Abdruck ersucht.

D. O.

## Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind und ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

Soubenkolonie Neufeland, Danzigerstraße 20.—, Ladiret der Firma Lange u. Gutzert, Frankfurter Allee 655. P. G., Br. Nr. 165 10.—. Von der Expedition der „Neussischen Tribune“ in Gera 89,20. Für einen Vortrag des Genossen Liebknecht 10.—, Bergstr. 21 15,50. Summa 99,55 M.

Bereits quittiert 2625,14. Gesamtsumme 2924,69.

Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

## Kommunales.

Der Abschluß des städtischen Zentral-Viehmarktes für das Rechnungsjahr 1896/97 zeigt eine durch den vermehrten Auftrieb von Kindern, Schweinen und Rälbern herbeigeführte erhebliche Erhöhung der Einnahmen bei fast allen Titeln. Es wurden aufgetrieben 205 310 Kinder (im Vorjahre 195 556), 894 855 Schweine (813 499), 170 684 Rälber (152 483), 585 083 Hammel (608 369). Die Einnahme schließt mit einem Mehr von 198 396,88 M. ab und die Ausgaben sind, abgesehen von vielfachen Steigerungen infolge der niedrigen Futterpreise und der dadurch herbeigeführten Ersparnis von 72 459,75 M., dennoch um 55 267,88 M. geringer gewesen, als veranschlagt worden war, so daß sich ein um 253 664,76 M. höherer Ueberschuß ergeben hat. Der Gesamtüberschuß beträgt 642 163,76 M., wovon 100 000 M. zum Reservefonds und 542 163,76 M. als Gewinnüberschuß zur Stadtkasse abgeführt worden sind. Beim städtischen Schlachthof beläuft sich die Einnahme an Schlachtgeld gegen das Vorjahr auf 221 295 M., wobei indessen zu berücksichtigen ist, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Erhöhung der Schlachtgebühr um 10 Pf. pro Stück Vieh eingetreten ist. Geschlachtet wurden: 139 401 (im Vorjahre 125 092) Kinder, 694 170 (628 626) Schweine, 156 505 (139 816) Rälber und 393 472 (379 021) Hammel. Der Gesamt-Ueberschuß vom Schlachthof stellte sich auf 252 812,09 M., wovon 152 812,09 M. zur Verwendung für allgemeine städtische Zwecke in Anspruch genommen worden sind, während 100 000 M. zu Gunsten der Schlachthof-Interessenten dem Erneuerungs- und Erweiterungsfonds des Schlachthofes wieder zugeführt wurden. Nach § 11 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes dürfen für die Schlachthofbenutzung Gebühren bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, daß durch ihr jährliches Aufkommen die Kosten der Unterhaltung der Anlage und des Betriebes, sowie ein Beitrag von 8 v. H. des Anlagekapitals und der für die Privat-Schlachthäuser gezahlten Entschädigungssumme gedeckt werden. Nach dieser Bestimmung konnten erhoben werden 893 168 M.; dem gegenüber sind an Schlachtgebühren nach Abzug der zum Erneuerungs- und Erweiterungsfonds zugeführten 100 000 M. erhoben worden 895 087 M., also 28 071 M. weniger als zulässig gewesen wäre. Die städtische Fleischschau auf dem Schlachthofe schließt ab mit einem Ueberschuß von 70 964,78 M. Die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch mit einem solchen von 70 543,12 M. Ersterer ist auf neue Rechnung vorgetragen, da eine Verwendung für allgemeine Ausgaben der Kommune gesetzlich nicht zulässig ist, letzterer wurde mit 18 612,45 M. auf neue Rechnung vorgetragen und mit 51 936,67 M. als Ueberschuß an die Stadtkasse abgeführt. An den Anleihschulden der Stadt war das Viehhofunternehmens Ende März 1897 betriebl. mit 18 417 175,52 M. Zum Reservefonds des Viehmarktes beläuft sich zu dem angegebenen Zeitpunkt 429 988,92 M. Effekten und Sparkassenguthaben, während im Erneuerungs- und Erweiterungsfonds des Schlachthofes 1 065 831,41 M. zinstragende Papiere vorhanden waren.

## Lokales.

Der „Werth der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft“ ist nunmehr endlich auf sein jahnervolles Nichts zurückgeführt worden. Dies geschieht, an dem sich so mancher gelehrte Staatsrechter vergeblich die Finger wund gearbeitet hat, ist vollführt von einem einfachen Korbmacher in Berlin, der seine schlimmen Erfahrungen als „Ergebnisse eines in der Partei thätig gewesenen Genossen“ warnend zum besten giebt. Ernst Fischer heißt der Drahtschneider. Er schildert den Stand der Unbestimmtheit, in dem er dereinst bei seinem Lehrherrn, dem Besitzer einer „prächtigen Villa bei Lichtensfeld“, lebte, und theilt dann mit, wie er durch einen

Schwager nach Berlin gelockt wurde. Der Schwager war Sozialdemokrat und diese Eigenschaft befandete sich nach Herrn Fischer bei dem Mann durch festes Diskutieren über Arm und Reich, wie Schimpfen über jede Autorität im Staat, ein Loben der sozialdemokratischen Führer. Das hatte bei dem nunmehr zum Sozialdemokraten gepressten Verfasser die nicht alltägliche Wirkung, daß seine Ehrfurcht und Achtung gegen jedermann in Groll umgewandelt wurde. Seinen Groll läßt Fischer nun zunächst gegen den Verfasser von Schwager los, der als echter Sozialdemokrat durch die Denunziation charakterisiert wird, er habe „wegen Betruges nach Amerika flüchten“ müssen, jetzt lebe er aber in Koburg. Ueber das aber, was Fischer „in den Jahren 1885—1887 in der Sozialdemokratie gesehen hat, will er schweigen, um nicht als Denunziant zu erscheinen.“ Nun folgt weiter die Mittheilung, daß ein größeres Geschäft ihm wegen seiner Agitation die Arbeit entzogen habe und dann bringt die Broschüre die Schilderung einer Prügelei, wegen der der Verfasser durch Stadthagen's schlechte Vertbeidigung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden sei. Nachher habe Stadthagen ihn noch durch Eintreibung der Gebührenrechnung molestirt. Der Parteivorstand hätte dann seine Bitte um ein Darlehen unberücksichtigt gelassen; Stumm hat nach Fischer ganz recht, wenn er die Sozialdemokraten „Lausejungen“ nennt. Des weiteren folgt in der Broschüre die mit vielen Schimpfwörtern gepickte Beweiskführung, wie ungerecht doch Streiks seien, und dann nimmt Herr Fischer sich seines Kollegen Jungnickel an, der im vorigen Sommer wegen Unterschlagung von Krankenkassengeldern fänglich wurde. Auch Jungnickel — der nur gewerkschaftlich, aber nicht für die Partei thätig war — sei ein Opfer der Sozialdemokratie geworden. „Wer aber hat den Kindern den Vater, der Mutter den Gatten, der Familie den Ernährer beraubt? Nur die Sozialdemokratie.“

Weniger zur Vertbeidigung der Sozialdemokratie vor dieser wichtigen Anklage, als zur Verhöhnung des Herrn Fischer theilen wir mit, daß Jungnickel vor einiger Zeit seine ganze Familie nach Amerika nachkommen lassen und dort in auskömmlichen Verhältnissen lebt. Wir wollen für heute nicht auf die geschmacklosen Schimpfereien eingehen, mit denen der Autor die Sozialdemokratie vernichtet, und Herrn Fischer auch seinen Kerger über den „Vorwärts“ vergehen, der vielleicht darin seinen Grund haben mag, daß wir meist lange Manuskripte von seiner Hand, in der er unbewiesene Verdächtigungen gegen Kollegen und Parteigenossen erhob, zurückgewiesen haben. Nur sei noch auf seine Schilderung Bezug genommen, „wie es bei Streiks zugeht“. Er stellt einen partelosen Streik, den die Korbmacher 1888 durchzuführen hatten, wie folgt dar:

„Das Streikkomitee bestand aus drei Leuten; der Schriftführer und der Kassirer waren junge, unverschämte Burschen, die auf niemand Rücksicht zu nehmen und für niemanden als sich selbst zu sorgen hatten. Durch die Hände dieser beiden ging der ganze Streikfonds. Sie hielten das Geld von der Streikkommission und, wenn sie die Taschen voll hatten, steckten sie sich in eine Droschke und fuhr von einer Kneipe mit weiblicher Bedienung zur andern. Als der Streik zu Ende war, fehlten in der Streikkasse 500 M.“

Hierzu und zur Charakteristik des neuesten Bekehrten im allgemeinen sei folgendes angeführt: Fischer war Ende der achtziger Jahre kurze Zeit Schriftführer in der Korbmacherorganisation und aus dieser Periode rühren, wie eine Anzahl Gewerkschaftsleiter, mit denen wir sprachen, bekunden, seine wesentlichen Erinnerungen her. Von allen diesen Männern wird die Geschichte von den Droschkenfahrten und dem Herumliegen in Kneipen im Tone nur zu erklärlicher Entrüstung als eine gemeine, völlig aus den Fingern gesogene Verleumdung bezeichnet. Und die Unterschlagungsgeschichte schrumpft nach den Bekundungen unserer Gewährsmänner dahin zusammen, daß infolge eines von ungeübter Hand begangenen Buchungsfehlers nicht 500 M., sondern etwas über 100 M. mehr in der Kasse vorhanden waren, als nach dem Glauben des einen Kassirers vorhanden sein sollten. Dies Geld habe der betreffende nach und nach für sich verwendet; als aber nachträglich der Fehler entdeckt worden sei, habe der in betracht kommende Korbmacher sich zur Abtragung der Schuld bereit erklärt und sei seiner Pflicht auch zum guten Theil nachgekommen. Dies und die uns von unterrichteter Seite zugegangene Mittheilung, daß Herr Fischer schon mehrere Jahre außerhalb der Sozialdemokratie gestanden und um 1892 bereits der „Staatsbürger-Zeitung“ vergeblich einen die Partei betreffenden Schmähsartikel angeboten hat, möge für heute genügen. Es ist ja anzunehmen, daß die arbeitserfeindliche Presse sich des Herrn Fischer nunmehr mit ebensolcher Inbrunst annehmen wird, wie es vor Jahresfrist mit dem Kiefer Ehrenmann Lorenzen geschah. Es wird sich in irgendwelcher Gelegenheit finden, etwas Material herbeizuschaffen. Vorläufig geben wir uns der Erwartung hin, daß Herr Fischer mit Hilfe seiner Freunde Stumm und Genossen durch reichlichen Vertrieb seiner Broschüre den Schaden wieder herausschlägt, den er durch sein bis jetzt ziemlich fragwürdig dastehendes Eintreten für die Sozialdemokratie erlitten haben will.

**Kartenbriefe.** Die kürzlich in verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, daß im Reichspostamt Erhebungen über die Einführung von Kartenbriefen stattfänden, ist, wie die „Kreuz-Zeitung“ hört, zutreffend. Es sollen sowohl solche für das Deutsche Reich, wie für den internationalen Verkehr zur Einführung gelangen, ein Termin ist jedoch zur Zeit noch nicht festgesetzt. Als Postgebühr dürften 10 bzw. 20 Pf. erhoben werden.

**Schauspiel.** Nicht weniger als 11 brennende Sitzstühle nahmen die Hölle der Feuerwirth am Abend des 2. September in Anspruch. In einigen Fällen ist es gelungen, halbwidrige Burschen als Thäter zu ermitteln. Da sage noch einer, daß kein flammender Patriotismus mehr im Volke vorhanden sei! Es verdient ferner noch erwähnt zu werden, daß die Tingeltangel und Kneipen mit Damenbedienung, wie in früheren Jahren, so auch vorgestern vielfach Kennzeichen ihres musterhaften Patriotismus ausgestellt hatten. Einige dieser Wimpelaffen hatten sogar illuminirt.

**Der Anarchist Gustav Landauer,** welcher am 19. August aus Wien und Oesterreich ausgewiesen wurde, soll nach einer Bekanntgabe der Redaktion des „Sozialist“ verschollen sein. Soviel wie bekannt, bezog sich Landauer, nachdem er aus Oesterreich abgeschoben war, auf eine Agitationstour durch Süddeutschland und hat am 31. August in Freiburg i. B. in einer Anarchistenversammlung gesprochen. Na —

**Zum Doppelmord in der Königgräzerstraße.** Die Untersuchung, betreffend die Ermordung der Frau Schultze und ihrer Tochter, hat jetzt eine überraschende Thatsache zu Tage gefördert. Bis jetzt hat man allgemein angenommen, daß Goerzzy nur die 400 M. auf die Reise mitgenommen habe, die er kurz vor Austritt seiner Flucht von seinem Möbelfabrikanten borgte. Nun aber steht fest, daß er außerdem in der Wohnung der Ermordeten und zwar aus dem Schlafzimmer der Wittve Schultze deren ganzen Familienschmuck raubte. Bei dem fünfjährigen Lokaltermin in dem Schulischen Hause fanden sich nämlich in dem genannten Zimmer umhergestreut 15 leere Schmuck-Stück.

**Bei einem Einbruch** wurden in vergangener Nacht drei Einbrecher gefaßt, die dem Blumengeschäft von Schmidt und dem Zigarrengeschäft von Krüger u. Overbeck an der Ecke der Großbeeren- und Yorkstraße einen Besuch zugebracht hatten. Während sie im Begriffe waren, durch ein Fenster in das von dem Blumenladen nur durch eine Holzwand getrennte Zigarrengeschäft einzusteigen, kam der Vertreter des letzteren Geschäfts, Harbrücker, hinzu. Er holte einen Einbrecher von dem Fenster herunter, konnte ihn aber nicht gleich festhalten. Das Verbrechenkleid trug er dem Kreuzberg zu; Harbrücker, dem sich mehrere Droschkenfahrer von dem benachbarten Halterplatz angeschlossen hatten, setzte ihnen nach. Bald gelang es, einen der Einbrecher zu fassen. In ihm wurde später der 30jährige Kellner Franz Walschewski festgestellt, der nach einer wegen Erpreßung erlittenen dreijährigen Zuchthausstrafe im Mai wieder auf freien Fuß gesetzt worden war und nun schon wieder gesucht wurde. Ein zweiter, der 25 Jahre

alte Schneider August Somborg, gleichfalls ein sich obdachlos umhertriebender Mensch, erreichte auf der Flucht den Viktoriapark und stürzte sich in das Sammelbecken des Wasserfalles, um den Verfolgern zu entkommen. Man holte ihn indes heraus. Der Dritte war dem Verfolgern bald aus den Augen verschwunden.

**Auf einer Polizeiwache** gestorben ist gestern Abend ein etwa 86 Jahre alter Mann, den ein Schussman einige Stunden vorher vor dem Grundstück Langestr. 37 beunruhigt aufgefunden hatte. Ein untersuchender Arzt glaubte annehmen zu sollen, daß der Mann infolge Betrunktheit der Sinne nicht mächtig sei. Da nun Personen, die als betrunken erkannt werden, in seinem Krankenhause angenommen werden, so blieb dem Schussman nichts übrig, als seinen Schützling zur eigenen Sicherheit nach der Wache mitzunehmen. Dort wurde er vom Tode ereilt, ohne daß er zum Bewußtsein zurückgekehrt war und Auskunft über seine Person hätte geben können. Er trug einen grauen Anzug, einen grauen Hut, Gummihandschuhe und ein grau und schwarz durchwirktes Halstuch. Die Todesursache ist bisher unbekannt geblieben.

**Der Portier Krause,** gegen den eine Untersuchung wegen Mißhandlung eines Kindes schwebte, theilt uns mit, daß das in betracht kommende Mädchen wahrscheinlich dadurch zu Tode gekommen ist, daß es von einer Teppichstange mit dem Kopfe gegen die Wand fiel. Die Untersuchung habe ergeben, daß er völlig unschuldig sei.

**Ein aufregendes Vorkommniß** spielte sich am Freitag Nachmittag um 3/4 Uhr bei der Kronprinzen-Brücke ab. Dort fuhr die Gattin des auf dem Bahnhof Güterbahnhof beschäftigten Bureaugehilfen Neumann aus der Lehrterstr. 86 mit einem Kinderwagen, in dem ihr zweijähriges Töchterchen Elisabeth mit dem einjährigen Bruder untergebracht waren. Ein im Trabe hinter der Frau herfahrender Mörtelwagen rief die Frau mit dem Kinderwagen um, das kleine Mädchen wurde hinausgeschleudert und so schwer überfahren, daß ihm das rechte Bein fast gemalnt war. Der kleine Knabe, dem ein ähnliches Geschick bevorstand, wurde von einer beherzten Frau in richtigen Augenblick aufgefangen. Ein in der Nähe wohnender Arzt eilte ohne Kopfbedeckung zu Hilfe und brachte die schwerverletzte Kleine sofort in einer Droschke nach einem Krankenhause. Dem Kutscher trifft zweifellos die Schuld. Er ist festgestellt und wird zur Verantwortung gezogen.

**Feuerbericht.** Zwischen 10 und 11 Uhr brach vorgestern Nacht ein großes Feuer in der Halbesfr. 35/39 auf einem festlichen Platz neben der Hamburger Eisenbahn aus. Die Flammen wütheten bei Anbruch der Feuerwache in einem mit Baumaterialien angefüllten Schuppen der Firma E. Scheidt. Es bedurfte großer Anstrengungen der Wehr, um das Feuer, das die Schuppen der Hamburger Eisenbahn gefährdete, auf seinen Herd zu beschränken. Der Schuppen mit seinem Inhalt ist niedergebrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend, die Entstehungsurache noch nicht aufgeklärt.

**Im Apollo-Theater** hat sich Frau Venus anscheinend auf Nummerwiederkehr verabredet. Die Operette mißte dem eigentlichen Spezialitätenprogramm wieder den ganzen Abend einräumen, und mit diesem Wechsel ist die Winteraison in aller Form eröffnet worden. Sie brachte mancherlei, wenn auch nicht gerade außerordentlich Neues; aber wie Kenner aus Grund ihres mühevollen theoretischen Studiums aller „Tricks“ verstanden, ist die Truppe und Athletenkunst immerhin auch in der Friedrichstraße wieder um einige bewundernswürdige Himmeln vorgeschritten. Durch ungläubliche Geländigkeit zeichnet sich namentlich die Joseph Ploites-Truppe aus, die gleich ein ganzes Stück mit Herrot und Colombien, mit bösen und guten Geistern aufführt. Die vielen drohenden Gegenwärtiger-Kunststücke, die von den Mitgliedern dieser Truppe zum besten gegeben wurden, klappten derart, daß in der That alles am Schluß ging. Dem in urkomischer Heiterkeit erschallenden „Excentric Barnell“ glückte das Bache entschieden besser als dem nach ihm auftretenden Gesangsdomiker Chretinni, dessen Bemühungen ein wenig gezwungen ausfielen. In Athleten- und Pyramidentänzen leisteten die Gebrüder Serre, sowie in der zweiten Abtheilung die neun fast zu jugendlichen Einzelmännchen außerordentliches. Nicht zum besten scheint die Direktion diesmal mit den engagierten Damen abgeschnitten zu haben; einzig die dänische Sängerin Dagmar Hansen wußte weniger durch die Macht ihrer Lüne als durch eine talentvoll angebrachte Naivität zu entzücken. Als gute Pistolenschützen können die Mitglieder des aus zwei Damen und einem Herrn bestehenden Schmidt-Trios gelten.

## Aus den Nachbarorten.

**Die Parteigenossen von Weiskensee und Umgegend** werden auf die Sonntag, den 5. September, in der Brauerei Strauß stattfindende Kreisversammlung (siehe Annonce) ganz besonders aufmerksam gemacht. Die Weiskensener Genossen treffen sich mittags 12 bei Pfeifen-Rüller. Der Vertrauensmann.

**Zur Ermordung des Schulmädchens Wahrensdorf** aus Spandau wird mitgeteilt, daß man keine Hoffnung mehr hat, in der bisher eingeschlagenen Richtung eine Aufklärung des Verbrechens herbeizuführen. Alle bisher aufgenommenen Spuren des muthmaßlichen Thäters sind im Sande verlaufen; auch ist es nicht gelungen, das Boot, womit das Kind entführt worden ist, aufzufinden. Gegenwärtig finden Vernehmungen statt, denen ein von den ursprünglichen Vermuthungen völlig abweichender Verdacht zu Grunde liegt. Das Interesse des Fortganges der Untersuchung verbietet, hierüber näheres mitzutheilen.

## Kunst und Wissenschaft.

— **Ein neuer Sprachlehrer.** Den „Mösch. N. N.“ wird aus London geschrieben: Im Selbststudium fremder Sprachen war bis jetzt der eigentliche Stein des Anstoßes der Unlust, daß sich aus Büchern die Aussprache nicht lernen läßt. Auch dieser Stein soll nun bald aus dem Weg geräumt werden und der Delal dazu heißt „Phonograph“. Die hiesige „Victoria Schools of Languages“, die moderne Sprachen nach Guyot'schem System ausschließlich durch's Ohr lehrt, hat sich, wie ihr Vorstand den „Daily News“ schreibt, „durch eingehende Experimente davon überzeugt, daß sich der Phonograph zum Lehren fremder Sprachen eignet“, und sie wird bald die notwendigen Arrangements getroffen haben, um ihre Kunden mit solchen Sprachlehrern zu versorgen. Sie werden voraussichtlich gegen 40 M. pro Monat ausgeliehen werden, wobei dann jeder Zylinder 20 Minuten lang spricht und in dieser Zeit etwa 1000 Worte äußert. Der neue Lehrer ist natürlich sehr geduldig; er wiederholt sein Sprüchlein so oft der Herr Schüler es wünscht und immer mit gleichem Ernst und gleicher Pünktlichkeit. Der eine Zylinder kann durch verschiedene andere ersetzt werden, die pro Stück weitere 250 M. kosten sollen. Man ist jetzt dabei, solche Zylinder für die verschiedenen Stufen des Studiums vorzubereiten, und der ganze Gedanke ist noch nicht über das Versuchsstadium hinausgediehen. Man sieht aber in Schulmännerkreisen seiner Verwirklichung mit großem Interesse entgegen.

— **Der Telekripten- oder Fernschreiber,** eine Erfindung des Pariser Ingenieurs Hoffmann, hat, wie man der „Adm. Ztg.“ schreibt, auf der Ausstellung in Brüssel berechtigtes Aufsehen erregt. Er ist eigentlich nichts anderes als ein Schreibapparat, wie solche in den Konstruktionen von Hughes, Baudot und Cassagnes bereits bekannt und im Gebrauche sind; doch ist er allen diesen Apparaten durch seine Einfachheit überlegen, und zu seiner Bedienung sind besondere Kenntnisse nicht erforderlich. Er besteht aus einer Klaviatur, die auf einem den Mechanismus enthaltenden kleinen Kasten angebracht ist. Die Klaviatur ist treppenförmig angeordnet und enthält vier Stufen, auf welchen Tasten für die Buchstaben, Zahlen und Zeichen angeordnet sind; eine überhörende Rückwand nimmt den Farbapparat auf sowie das Rad nebst Mechanismus, mit dem sich abrollenden Papierstreifen nach der Art wie beim Morse'schen Fernschreiber. Die Einzelheiten der Konstruktion sind nicht näher bekannt. Will man eine Depesche aufgeben, so genügt einfaches Niederdrücken einer Taste, um auf einer oder gleichzeitig auch

\*) „Der Werth der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft. Ergebnisse eines in der Partei thätig gewesenen Genossen.“ Von Ernst Fischer, Korbmacher in Berlin. Berlin 1897. Verlag von Hermann Walther, S.W., Kleinbeerenstr. 28.



Zwei Empfangsstellen den Abdruck des mit der Taste übereinstimmenden Buchstaben auf dem Papierstreifen zu erhalten, wobei es unwesentlich ist, ob auf der empfangenden Station jemand am Apparat sich befindet oder nicht. Dieser ist stets zum Nehmen einer ausgegebenen Depesche fertig; man kann sein Geschäftszimmer verlassen und findet nach Rückkehr alle inzwischen eingetroffenen Depeschen leserfertig auf dem Papierstreifen aufgetragen, der nur dann abrollt, wenn ein Buchstabe telegraphirt wird. Die Gebrauchsfähigkeit des Apparates ist durch Versuche in London, Wien und Pest außer Zweifel gestellt, und gegenwärtig werden Versuche damit bei der Pfälzischen Eisenbahn in Mannheim gemacht. Es leuchtet ein, daß ein solcher Apparat für Geschäfte, Behörden, Zeitungs-Correspondenzen etc. von höchster Bedeutung ist.

**Einfluß der verschiedenfarbigen Lichtstrahlen auf das pflanzliche Leben.** Camille Flammarion hat soeben der Astronomischen Gesellschaft zu Paris einen Bericht über Versuche eingereicht, welche sich mit dem Einflusse der verschiedenfarbigen Lichtstrahlen auf die Entwicklung pflanzlichen Lebens befassen. In seinem Observatorium zu Juvisy hatte der Gelehrte mehrere kleine Glashäuser nach Art der gewöhnlichen Gewächshäuser einrichten lassen, doch waren die Scheiben des einen Hauses aus rothem, eines anderen aus blauem, eines dritten aus grünem und des letzten endlich aus farblosem Glase, so daß die in den verschiedenen Treibhäusern enthaltenen Pflanzen immer nur dasjenige Licht erhielten, das von den Gläsern durchgelassen wurde. Die Resultate waren geradezu erstaunlich; unter dem Einflusse des blauen Lichtes „vegetirten“ die Pflanzen nur, d. h. sie starben zwar nicht ab, brachten es aber zu keiner rechten Entfaltung und blieben klein und unansehnlich. Das grüne Licht ließ sie schon höher schießen, aber auch hier hingen die Blätter größtentheils noch schlaff am Stengel. Die unter rother Glasdecke wachsenden Pflanzen schienen sich dagegen außerordentlich wohl zu befinden; denn sie schossen zu geradezu phänomenalen Höhen auf und zeigten eine Ueberrückung von Saft und Kraft. Die mit Mimosa sensitiva angestellten Versuche ergaben für die Farben grün, blau, roth, weiß folgende Höhenziffern in Millimetern: 152, 40, 100 und 423 und dabei hatten die Pflanzen unter dem Einflusse des blauen Lichtes viel von ihrer Sensitivität eingebüßt. Auch auf Farbe und Duft der Blumen übte das farbige Sonnenlicht einen starken Einfluß aus. Ein Fliederstrauch wurde zum theile dem weißen, rothen, grünen und blauen Licht ausgesetzt und so wurden an den Blüten eines und desselben Strauchs die verschiedensten Farbtöne zwischen weiß und röthlich-violett hervorgebracht. Das von Erdbeeren, die unter rothem Glase gezogen wurden, ausgeströmte Aroma war so stark, daß es die ganze umgebende Luft erfüllte, und während die im gewöhnlichen Sonnenlichte aufgewachsenen Fragula-Pflanzen nur wenig Duft entwickelten, strömten diejenigen Blüten, die dem rothen Lichte ausgesetzt waren, ein zartes, dem der Banane ähnliches Aroma aus. Da sich dieser künstlich erzeugte Wohlgeruch als haltbar erwies, falls man die frischen Blütenblätter einsammelte und in Gefäßen verschloß, so glaubt Flammarion, der Parfümfabrikation neue Wege gewiesen zu haben. Die große Schwierigkeit bei den Versuchen bestand in der Herstellung von Glas, dessen Färbung sich mit der betreffenden Nuance des Sonnenpektrums genau deckte.

### Veranstaltungen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Eine gut besuchte Branchenversammlung der Parquetbodenleger nahm am Mittwoch Abend Stellung zu dem von der Kommission gestellten Antrag: „Wegen Nichtbegleichung des Tarifs die Firma Rosenfeld u. Cie. zu sperren.“ Herr Reber begründet den Antrag der Kommission, fast alle Redner äußerten sich zustimmend zum Kommissionsantrag; jedoch wurde der Wunsch geäußert, mit der Veröffentlichung der Sperre noch einige Zeit zu warten, da Rosenfeld u. Cie. in der Lage sei, seine dringenden Arbeiten (Wau Wertheim, Leipzigerstraße) noch einige Zeit aufzuschieben. Zum Schluß gelangte der Antrag der Kommission mit allen gegen eine Stimme zur Annahme.

**Freiwillige Feuerwehr.** Sonntag, den 6. September, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Hofbrauerei, Kommandantenstr. 67: Besprechung der Freiwilligen Feuerwehr. Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Walden über „Die Unschickbaren“.

**Einfluss-Verein.** Heute Abend 8 1/2 Uhr, Meißnerstraße 13: Besprechung. Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Niederschlesien. Sonntag, den 15. September, nachmittags 1 Uhr, Versammlung in den „Victoria-Gärten“, Hermannstr. 48-50.

**Moabit Naturheilverein.** Sonntag, den 6. September, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant der Moabiter Markthalle am Krümmungsplatz: Übungsabend mit Vortrag und Diskussion.

**Gesellschaft „Mehr Licht“.** Sonntag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr, Alexanderstr. 27: Besprechung. Vortrag über „Giordano Bruno“. Referent: Redakteur Dr. Hütel-Galle. Diskussion. Nachdem: Gesellschafts-Besprechung.

**Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.** Hilfs-Verein I. Montag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, im Besale des Herrn Wille, Andreasstr. 26: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Baum.

**„Soomo“.** Verein für volkshumane Wissenschaft. Dienstag, den 7. Septbr., abends 9 Uhr, bei G. Hensel, Brunnenstr. 172: Vortrag des Herrn Neubauer über „Naturalismus“.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend.** Sonntag, den 6. Septbr., vormittags 11 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27: Ausflugszug. Siehe Annonces des „Vorwärts“ am 29. August.

**Theaterverein Thalia.** Heute Abend Sitzung und Rollenvertheilung im Vereinslokal, Köpenickerstr. 127a.

### Vermischtes.

— Infolge Kentern eines Fischerbootes sind vor Neuhaus bei Königsberg i. Pr. drei Fischer ertrunken.

— In Schweidnitz radelt jetzt regelmäßig abends ein Polkist durch die Straßen, um solche Sportgenossen abzufassen, welche die Vorschriften in Bezug auf die Belichtung der Maschine und zu schnelles Fahren nicht beachten.

— Unterhalb der alten „Sachsenhäuser“ Brücke in Frankfurt a. M. sind im Main über 300 größere und kleinere Goldstücke gefunden worden. Sie scheinen aus einer französischen Kriegskasse zu stammen, die 1815 von flüchtenden Franzosen in den Fluss geworfen wurden.

— Seltener Heilfall. In Grottkau hatte vor kurzer Zeit ein 6 Monate altes Kind eine Kornähre verschluckt. Das Kind bekam heftige Schmerzen, es wälzte sich in seinem Bettchen unter unaußersprechlichem Wimmern und Schreien. Da bildete sich in der Lebergegend eine eiternde Beule, aus der die Ähre zum Vorschein kam. Die Natur hat geholfen, den Fremdkörper aus dem Körper auszuwerfen. Das Kind ist jetzt munter.

— Endlich allein! Im Fremdenbuche eines thüringischen Ausflugsortes findet sich folgender Senker der Gleichzeitung: „An meine Alte! Schimpf' du zu Hause weiter, Ich sehe hier ganz heiter, Bin frohlich und zufrieden, Seit ich von dir geschieden.“

— Die Ruherkrankungen in der Tscheler Gaid nehmen zu. Die Todesfälle mehren sich. Die meisten Schulen sind infolge dessen geschlossen.

— Leichte Erdstöße wurden am 1. und 2. September in Raibach (Kain) verspürt.

— In Montreux ist eine Mauer des im Bau befindlichen Sanatoriums eingestürzt. Acht Arbeiter wurden getödtet, sechs andere verwundet. Sämmtliche Verunglückte sind Italiener.

— Man muß es nur verstehen. Die Samara-Station der Eisenbahn (Rußland) feuert ihre Lokomotiven theilweise mit Naphta. Um zu sparen, wurden als Naphtareservoir einfach Gruben hergestellt, die man nicht einmal ausmauern ließ. Die Folge war, daß für etwa 50 000 Mark Naphta in die Erde sickerte.

— In Gemign, einer Vorstadt von Antwerpen, sind zwei alte reiche Rentnerinnen ermordet und beraubt worden. Die Mörder erbeuteten 150 000 Fr. Baargeld und Werthpapiere.

— Die Leiche des vor einiger Zeit in Norwegen verunglückten Leutenants zur See v. Habnke ist gefunden worden.

**Ueber Klondyke und die Klondyke-Suche** befehrt ein Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ aus Victoria (Vancouver-Insel) unterm 30. August folgendes: „Ich bin gestern von Klaska hierher zurückgekehrt, nachdem ich Dena und Skagway besucht hatte. Von da geht der Weg über Land nach Klondyke. Ueber 3000 Personen sind seit dem Frühling von Dena über den Tschukot-Paß gezogen. Der Weg von Skagway über den Weissen Paß ist von interessirten Leuten sehr gelobt worden. Gegenwärtig ist er aber nicht zu benutzen. Während der letzten fünf Wochen sind neun Zehntel des Verkehrs nach Klondyke über diesen Weg gegangen. Die Folgen waren furchtbar. Jetzt befinden sich wenigstens 7000 Menschen und 2000 Thiere zwischen der See und der höchsten Höhe des Passes auf einer Strecke von 18 englischen Meilen eingeklemmt. Dabei ziehen täglich noch weitere Hunderte dieselbe Straße. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verwüstung. Der Pfad ist gar nicht passierbar. Die Bergbäche haben ihn unterwaschen und große Felsblöcke sind auf ihn herabgerollt. Er ist besetzt mit todtten Pferden, mit im Stiche gelassenen Wagen und Vorräthen. Man bekommt den Eindruck, als habe hier eine Armee die Flucht ergriffen. Wer am 15. September nicht am Bennett-See eintrifft, wird Klondyke in diesem Jahre nicht erreichen. Das kann höchstens einem Zehntel der Goldsucher gelingen. Die übrigen werden in diesem Winter auf der Straße eingeschneit werden. Die meisten sind den Strapazen gar nicht gewachsen. Viele Bergleute, die von Klondyke zurückkehren, sagen, daß die Gegend nicht so goldreich ist, wie behauptet wird. Die Produktionskosten seien enorm. Alle, die ich gesprochen habe, rathen jedem, der in der Heimath sein Auskommen hat, ab, nach Klondyke zu ziehen. Auf alle Fälle soll niemand sich vor dem 1. März u. Z. auf die Reise machen. Die ganze Küste des Stillen Ozeans leidet an Goldmangel. Es scheint eine Verschwörung zwischen der Presse, den Ausstattungs-Geschäften und den Dampfschiff-Gesellschaften zu bestehen. Alle drei verbreiten die fabelhaftesten Gerüchte über den Goldreichtum von Klondyke, unbekümmert, ob sie damit Tausende ihrem Ruin entgegenführen. Der Dampfer „Portland“ soll nach den Zeitungsberichten für 2 000 000 Doll. Goldstaub von Klondyke mitgebracht haben. Ich habe aber erfahren, daß es nur 200 000 Doll. gewesen sind.“

— Eine Meldung des „Daily Telegraph“ lautet: „In St. Michael ist der Preis der Lebensmittel schon sechsmal so hoch wie in Seattle. Dabei liegt St. Michael Dawson-City (Klondyke) nicht näher als New-York. Es wohnen gegenwärtig 7000 Personen in Dawson City. Neun Monate hericht dort Dunkelheit. Im Winter fällt der Wärmemesser auf 24-26 Grad Röhre Reaumur. Mehr als 2700 Personen können in dem Distrikt keine Arbeit finden.“

### Witterungsüberblick vom 3. September 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm rekurirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50 F. = 9 C.).
Stromenände	758	SW	4	heiter	17
Hamburg	757	SW	4	halb bedeckt	15
Berlin	758	WSW	3	bedeckt	16
Wiesbaden	759	SW	1	wolkig	15
München	761	SW	—	halb bedeckt	17
Wien	760	SW	—	wollenlos	19
Panorama	750	SW	—	halb bedeckt	9
Petersburg	—	—	—	—	—
Kort	764	SW	4	heiter	10
Abbeben.	755	SW	4	halb bedeckt	9
Paris	759	S	2	heiter	12

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 4. September 1897. Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden; nachher aufklarend.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 4. September. Neues tgl. Operntheater (Kroll). Wagnon. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Rosenkranz und Gräfin Helene. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Moriturk. Anf. 7 1/2 Uhr. Berliner. Die Maschinenbauer. Anfang 7 1/2 Uhr. Lesing. Abu Seid. Das zweite Gesicht. Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden. Boccaccio. Anf. 7 1/2 Uhr. Schiller. Deutsche Schwänke aus vier Zeitaltern. Anfang 8 Uhr. Luisen. Geschwister Fiebig. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmsdänisches. Das vierte Gebot. Thalia. Luftballast Origoletti. Vortr.: Toubisson's Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr. Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr. Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Hierauf: Eine tolle Prinzess. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Spezialitäten. Anf. 6 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Indisches Dorf.

### Central-Theater

Alte Jakobstr. 30. Direktion Richard Schultz. Sonnabend, den 4. September 1897: Emil Thomas a. W. Zum ersten Male: Nobilität! Nobilität! Berliner Fahrten. Vorlesung: Ausstattungsstoffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhaldt. Musik von Jul. Einöder. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Deutsche Schwänke aus vier Zeitaltern. Sonntag, abends 8 Uhr: Madame Bonivard. Montag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Hierauf: Klavigo.

### Luisen-Theater

31. Reichenbergerstraße 31. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr: Zum 5. Male: Geschwister Fiebig. Modernes Volkstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haberk. Musik von Feig Krause. Preise der Plätze: Prospektionsloge 5 M., Orchesterloge 4 M., Parquetloge 3 M., Orchesterfronten 2 M., Parquetfronten 2 M., Mittelrang-Parquet 2 M., I. Parquet, I. Rang Parquet 1 50 M., I. Rang Sperrlog. 1 50 M., II. Parquet und I. Rang Balkon 1 M., Tribüne 75 Pf.

### Ostend-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132. Dir. G. Weich. Vorlesung: Hoch! Hoch! Hoch! Zum 93. Male:

### Unsere Reichspost.

Vollständig mit Gesang in 4 Akten von R. Kneifel. Musik von G. Schaller. Anfang 8 Uhr. Im Garten Anfang 6 Uhr. Leibes großes Sommernachts-Fest. Auftreten sämtl. Spezialitäten I. Ranges.

### Alcazar

Variété-Theater I. Ranges. Dresdenerstraße 62/63 (Altpassage) Kamenstraße 42/43. Direktion Richard Winler. Sonnabend, den 4. September 1897: Gr. Eröffnungs-Vorstellung zum besten der Ueberschwemmen. Romant. Zum 1. Male: Romant. Die Rosen aus dem Süden. Große Ausstattungsstoffe mit Gesang und Tanz in 1 Akt. Vorher: Neu! Vermischtes. Neu! Poffe mit Gesang in 1 Akt. Auftreten eines durchweg neuen Künstler- und Spezialitäten-Personals I. Ranges. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

### Urania

Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

### Passage-Panopticum.

Indisches Dorf mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt. Montag Toon. Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

### Heute

in Kaufmann's Variété seitens des i. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater (Direktion Gebr. Herrnsfeld) Grosse Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Ueberschwemmen zum 100. und letzten Male: „Himmel auf Erden“ und „In flagranti“! Morgen, Sonntag: Ganz neu! Hochelegant! Ueberraschend! Originell! Grosse öffentliche General-Probe der beiden ersten Winter- Novitäten: Ein Abend im Wintergarten. Original-Lustspiel von Gebr. Herrnsfeld. Im Atelier. Original-Gelgenheitschors in 1 Akt. Preise für diese General-Probe wie gewöhnlich.

### Apollo-Theater

und Konzert-Garten. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. Vollständig neues Programm. 16 Debuts. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 1 Mark.

### Viktoria-Brauerei

Lützow-Strasse III/112 nahe Potsdamer Platz. (Garten resp. Saal)! Täglich: Stettiner Sänger (Weißel, Pietro, Britton, Seidel, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)



### Strampelbrüder.

Ensemble von Rezel. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf. Jahrsbrüder können eingelassen werden.

### Volks-Theater

im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Strasse 97. Sonnabend, den 4. September: Gr. Eröffnungs-Vorstellung. Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochen-tag 7 1/2 Uhr. — Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

### Feen-Balast

Burgstr. 22. Direktion R. Winkler u. W. Fröbel. Sonnabend, 4. September 1894: Wiedereröffnung der renovirten Riesen-Käuze. Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Ueberschwemmen. Großes Concert (20 Musiker). Gala-Vorstellung des aus 50 Künstlern bestehenden Spezialitäten-Personals. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. Bärenweib die grösste Schenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!! Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

### Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperlitz 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

### Maehr's Variété-Theater

Oranienstr. 24. Täglich: Theater-Vorstellung. Auftreten Spezialitäten Künstler I. Ranges. Der Galeeresträfling. Vollständig mit Gesang. Real Die Mutter der Kompagnie. Schwant. Die internationalen Original-Verwandlungs-Quartette ohne Konkurrenz! Geschw. Bühler. Saal! Hr. Bil. Nigger-Excentric u. K. Alles Nähere die Tageszettel.

### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. X-Strahlen. Schwant in 1 Akt von G. Felsch. Der Walzerkönig. Poffe in 1 Akt von M. A. H. G. Großer Erfolg! Großer Erfolg! Rosen aus dem Süden. Original-Burleske mit Gesang von W. Geritte. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: im Saal: Grotter Ball.

### Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhäuser Allee 118. Täglich: Gr. Konzerte, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Vollständig neues Programm! 22 Nummern. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

### Amandus Zöls

Köpenickerstr. 62. Täglich im Variété-Restaurant: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei. 30 Pf. Saal für 150 Personen noch Sonnabend frei. Bereinigung, Regal-Bahn. Vereinszimmer zu vergeben an Stadtreiner außer Mittwoch u. Sonnabend. Kochstr. 49, Restauration.

### Müftung, Vereine!

Sonnabend, den 16. Oktober, ist noch zu vergeben. 29130\* Etablissement Süd-Ost, Waldemarstraße 75.

Hente Sonnabend, Nachmittag 5 Uhr: Eröffnung unseres Waren-Kaufhauses Stralsunderstrasse 33. Gebrüder Ritterband, Jasmunderstrasse 22.



